

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDSFIRMEN DES VCI

chemie report

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

01+02/2019 ► 3 Editorial

Globale Lösungen gemeinsam entwickeln ► **4 Europawahl 2019** Sagen Sie: Ja zu Europa! ► **7 Kohlestrom** VCI zum Abschlussbericht der Kohlekommission ► **8 Brexit** Übergangslösungen dringend benötigt ► **9 Chemie 4.0** Was Digitalisierung bringt ► **11 Verbände-Initiative** Fünf-Punkte-Plan gegen Lkw-Fahrermangel ► **14-15 Infografik Forschung** Branchenfakten zum Heraustrennen ► **20 Mittelstand** Bürokratie hemmt Innovationen ► **23 Responsible Care** Jetzt beim Branchenwettbewerb 2019 mitmachen

Alliance to End Plastic Waste fördert und finanziert Maßnahmen

Weltweite Firmenallianz will Plastikmüll in der Umwelt stoppen

Rund 30 global tätige Unternehmen aus verschiedenen Kontinenten haben sich Mitte Januar in London zu einer Allianz gegen Plastikmüll in der Umwelt (Alliance to End Plastic Waste) zusammengeschlossen. Vertreten in der AEPW sind Chemieproduzenten, Kunststoffhersteller, Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie, dem Handel und der Abfallwirtschaft. Damit ist ein großer Teil der Wertschöpfungskette Kunststoff eingebunden.

Ziel der Organisation ist es, Lösungen und neue Technologien zu entwickeln, mit denen sich die unkontrollierte Entsorgung von Kunststoffen weltweit stoppen lässt. In entsprechende Projekte für Recycling, Wiederverwertung und Sammlung von Kunststoffabfällen sowie Reinigungsaktionen und Information will die Allianz in den nächsten fünf Jahren 1,5 Milliarden Dollar investieren. Von den Chemieunternehmen, deren Konzernzentralen in Deutschland angesiedelt sind, ►



Zur Allianz gegen Plastikmüll in der Umwelt gehören Unternehmen, die Kunststoffe herstellen, verwenden, verarbeiten, sammeln und recyceln. Ihr gemeinsames Ziel: viele Lösungen erarbeiten, damit Plastikabfälle nicht mehr in die Ozeane gelangen.

► beteiligen sich BASF, Covestro und Henkel an der Initiative (weitere Gründungsmitglieder siehe unten).

„Kunststoffe sind sehr leistungsfähige, vielseitig einsetzbare und ressourcenschonende Materialien. Sie dürfen aber nicht als Abfall ins Meer oder in die Umwelt gelangen. Die internationale Allianz von Industrie und Handel will konkrete Lösungen für diese große Herausforderung vorantreiben. Dafür sollen spezifisches Know-how, ein globales Netzwerk sowie finanzielle Mittel gebündelt werden“, betont Hans Van Bylen, Präsident des VCI und Vorstandsvorsitzender von Henkel.

Die AEPW arbeitet vom Start weg mit dem Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung (WBCSD) als strategischem Partner sowie dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNE) zusammen. „Als VCI begrüßen wir diese Initiative. Die chemische Industrie in Deutschland steht für innovative Lösungen, um den nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit Verpackungsmaterial zu stärken“, erklärt Hans Van Bylen.

AKTIVITÄTEN AUF ASIEN UND AFRIKA FOKUSSIEREN

Die Firmenallianz will ihre Aktivitäten zunächst auf die Regionen konzentrieren, die hauptsächlich für den Eintrag von Plastikmüll in die Weltmeere verantwortlich sind: Asien/Pazifik und Afrika. Dort will die Allianz mit Regierungen und Verwaltungen auf unterschiedlichen Ebenen und mit Partnern aus der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Untersuchungen haben gezeigt, dass rund 90 Prozent des Kunststoffabfalls über zehn Flüsse in die Weltmeere gelangen. Acht der Fließgewässer liegen in Asien, zwei in Afrika. Andere Forschungsergebnisse belegen, dass sich 60 Prozent des marinen Plastikmülls fünf Ländern in Südostasien als Ursprung zuordnen lassen.

In vier Bereichen will die als NGO operierende Allianz Fortschritte erzielen, um die unkontrollierte Entsorgung von Abfällen in die Umwelt in den am meisten betroffenen Weltregionen zu stoppen: Aufbau und Optimierung einer Infrastruktur für das Sammeln und Behandeln von Abfällen; Innovation von Materialien, Verpackungsdesign und Recyclingtechnologien; Aufklärung von und Zusammenarbeit mit Verbrauchern, Gemeinden, Wirtschaft und Regierungen; Reinigung von Gebieten mit besonders viel Plastikmüll. *mr*

Die Gründungsmitglieder der Allianz AEPW

BASF, Berry Global, Braskem, Chevron Phillips Chemical Company LLC, Clariant, Covestro, Dow, DSM, ExxonMobil, Formosa Plastics Corporation USA, Henkel, LyondellBasell, Mitsubishi Chemical Holdings, Mitsui Chemicals, NOVA Chemicals, OxyChem, PolyOne, Procter & Gamble, Reliance Industries, SABIC, Sasol, SCG Chemicals, Shell, SUEZ, Sumitomo Chemical, Total, Veolia und Versalis (Eni).



Die Fernsehjournalistin Hanna Vaughan Jones (l.) moderierte die vier Gesprächsrunden der Liveübertragung aus London mit den Vorstandsvorsitzenden von Firmenmitgliedern der Allianz und Partnern der Organisation: (v.r.n.l.) Martin Bruder Müller (BASF SE), Priyanka Bakaya (Renewlogy) und Jim Fitterling (Dow).



Ausschnitt von der Homepage der AEPW. Über die Internetseite www.endplasticwaste.org sind alle Informationen zur Allianz zu finden – auch die Aufzeichnung des 43-minütigen Livestreams vom Gründungssevent am 16. Januar in London mit den vier Gesprächsrunden.

EINTRAGSPFADE VON PLASTIKMÜLL IN DIE OZEANE

Quelle: Alliance to End Plastic Waste, 2019



Vom Fluss ins Meer: 90 Prozent der Plastikabfälle in den Ozeanen werden über acht asiatische und zwei afrikanische Flüsse dorthin transportiert. In den angrenzenden Ländern fehlt oft die Infrastruktur für ein Abfallmanagement. Deponien sind schlecht oder nicht gesichert, Verwertung findet kaum statt. Flüsse werden daher als Entsorgungsmöglichkeit genutzt.

STANDPUNKT

Globale Lösungen gemeinsam entwickeln

Kunststoffe sind sehr leistungsfähige, vielseitig einsetzbare und ressourcenschonende Materialien. Zum Beispiel als leichte, aber gleichzeitig sichere Fahrzeugteile oder Karosserien, als wiederverwendbare Verpackungen oder in Windkraftanlagen im Bereich der regenerativen Energien haben sie eine wichtige Funktion. Eine Tatsache ist aber auch: Plastikmüll in den Meeren hat sich zu einem gravierenden globalen Problem entwickelt.

Die chemische Industrie in Deutschland steht für innovative Lösungen, um den nachhaltigen Umgang mit Verpackungsmaterial zu stärken. Deshalb beteiligen sich eine Reihe von Mitgliedsunternehmen des VCI an der globalen „Alliance to End Plastic Waste“ (AEPW). Rund 30 international tätige Firmen aus der Wertschöpfungskette Kunststoff verfolgen damit ein gemeinsames Ziel: die Verschmutzung der Umwelt durch Plastikmüll zu stoppen.

Dazu werden die AEPW-Mitglieder in den nächsten fünf Jahren 1,5 Milliarden US-Dollar in konkrete Projekte investieren. Sie konzentrieren sich dabei auf die Regionen der Welt, in denen die Herausforderungen am größten sind: vor allem Asien und Afrika. 90 Prozent des Plastikmülls, der sich in den Meeren sammelt, gelangt über zehn Flüsse aus diesen Regionen dorthin.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

In der Allianz sind Kunststoffhersteller, Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie, dem Handel und der Abfallwirtschaft vertreten. Sie entwickeln individuelle wie gemeinsame Maßnahmen gegen Plastikmüll und treiben diese voran. Die Initiative sucht aber weitere Partner auch aus anderen Branchen.

Nicht zuletzt spielen die Verbraucher eine wichtige Rolle für einen nachhaltigen Umgang mit Verpackungen aus Kunststoff. Ein Ziel der AEPW ist es, das Bewusstsein der Menschen für einen verantwortlichen Umgang mit Plastikmüll zu stärken. Das betrifft vor allem urbane Ballungsgebiete, die ein hohes Aufkommen an Kunststoffabfall produzieren, derzeit aber kaum über angemessene Infrastrukturen für ein nachhaltiges Abfallmanagement verfügen. Hier will die Allianz gezielt Partnerschaften eingehen, damit dort Lösungen entwickelt und realisiert werden können. Technische Innovationen und neue Ansätze sind dafür unverzichtbar. Denn es gilt, Flüsse zu reinigen oder das Sammeln und Recycling von Kunststoffen zu vereinfachen.

Die Allianz AEPW ist davon überzeugt: Der Übergang zu einer globalen Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe ist möglich. Sie wird ihren Beitrag dazu leisten.

Wussten Sie schon?**348 Millionen Tonnen ...**

... Kunststoffe wurden weltweit 2017 hergestellt. Etwas mehr als die Hälfte der Produktion entfällt auf Asien. China ist aktuell mit einem Anteil von 29,4 Prozent das Land mit dem größten Produktionsvolumen in der Region. Europa und der Nafta-Raum liegen mit jeweils rund 18 Prozent nahezu gleichauf.

In Deutschland wurden 2017 rund 21,8 Millionen Tonnen Kunststoffe erzeugt, darunter waren 1,9 Millionen Tonnen Rezyklate. Die Kunststoffabfallmenge belief sich auf rund 6,2 Millionen Tonnen. Eine Stoffstromanalyse zeigt, dass die Kunststoffverwertung bei uns auf hohem Niveau funktioniert: Über 99 Prozent der Kunststoffabfälle wurden verwertet – davon 46,5 Prozent werkstofflich, 1 Prozent rohstofflich und 52 Prozent energetisch. Die werkstoffliche Verwertung erreichte im Jahr 2017 ihren bisher höchsten Wert und liegt mit 2,8 Millionen Tonnen mehr als doppelt so hoch wie 1994. ♠





#JazuEuropa

Unter dem Hashtag #JazuEuropa kann jeder auf seinem Social-Media-Account erklären, warum die EU wichtig ist und warum er deshalb seine Stimme bei der Europawahl abgibt. Machen auch Sie mit.

Europawahl am 26. Mai 2019

Sagen Sie: Ja zu Europa!

Die europäische Einigung ist eine der größten politischen Leistungen des vergangenen Jahrhunderts. Die EU ist nicht nur für über 500 Millionen Bürger Friedensgarant und Wohlstandsmotor, sondern trägt als Heimatmarkt der deutschen Chemie- und Pharmabranche auch zum Erhalt vieler überdurchschnittlich gut bezahlter Arbeitsplätze bei. Der VCI wirbt deshalb für ein starkes und zukunftsfähiges Europa und eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 26. Mai 2019.

Seit Mitte Februar stehen auf der VCI-Website unter www.vci.de/jazueuropa alle Informationen der Branche zur Europawahl sowie verschiedene Service-Angebote für Mitgliedsunternehmen gebündelt zur Verfügung. Unter anderem gibt es dort die aktuelle Ausgabe des VCI-Politikbriefs, der an politische Entscheider und Meinungsbildner gerichtet ist, einen Überblick über die wichtigsten industriepolitischen Themenfelder in Europa sowie konkrete Empfehlungen für eine Neuausrichtung der europäischen Politik in der kommenden Legislaturperiode. Ein für die

Mitarbeiter in den VCI-Mitgliedsunternehmen und andere Interessierte erstelltes kurzes Argumentarium zeigt auf, wie jeder Einzelne von einer starken EU profitiert. Abgerundet wird das Angebot in Kürze von einer Bewertung der Parteiprogramme zur Europawahl.

WERDEN SIE AKTIV

In den sozialen Netzwerken macht sich die Chemie in den kommenden Wochen für eine erfolgreiche Europawahl stark – unter anderem mit einer Mitmachaktion: Unter dem Hashtag

#JazuEuropa kann jeder auf seinem Social-Media-Account erklären, warum die EU wichtig ist und warum er deshalb seine Stimme bei der Europawahl abgibt. Machen auch Sie mit. Auf dem Parlamentarischen Abend des VCI am 3. April 2019 in Berlin wird die Europawahl ebenfalls im Fokus stehen. Bei den „Europadialogen“ der chemischen Industrie (siehe Kasten) können Unternehmen aktiv für Europa werben. **ak**

Dialogreihe in den Unternehmen

An mehreren Standorten von VCI-Mitgliedsunternehmen finden sogenannte „Europadialoge“ statt: Die Unternehmen laden dafür Mitarbeiter und Nachbarn zur Diskussion mit Europaabgeordneten aus ihrem Wahlkreis ein. Wenn auch Sie eine solche Veranstaltung durchführen möchten, unterstützt Sie der VCI gerne. Sprechen Sie bitte Katharina Mayer an. Telefon: 069 2556-1762, E-Mail: mayer@vci.de

Europa-Website des VCI

Die zentrale VCI-Website zur Europawahl 2019 bündelt alle Informationen der Branche zum Thema sowie verschiedene Service-Angebote für Mitgliedsunternehmen. Dort gibt es auch den aktuellen VCI-Politikbrief mit Empfehlungen für eine zukunftsorientierte europäische Industriepolitik. Zu finden unter: www.vci.de/jazueuropa



Die Anwendungsfelder für Stärkeprodukte reichen von Nahrungsmitteln über Klebstoffe und Kunststoffe bis zu Medikamenten.

Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft – VGMS e.V.

Interessenvertretung für die Stärkewirtschaft

Aus den nachwachsenden Rohstoffen Weizen, Mais und Kartoffeln gewinnen die deutschen Stärkehersteller Rohstoffe, die in fast allen Branchen der chemisch-pharmazeutischen Industrie sowie der Lebensmittel- und Futtermittel-industrie verwendet werden.

Eine äußerst gelungene Verbindung geht die Stärke etwa bei der Herstellung von Wellpappe ein. Klebstoffe auf Basis des Naturprodukts ermöglichen hier erst eine sinnvolle Kreislauf- und Recyclingwirtschaft. Stärke ist außerdem Rohstoff für die Energiegewinnung, zur Fermentation in der Biotechnologie sowie zur Polymerherstellung. Neben nativen Stärken, die direkt aus dem pflanzlichen Rohstoff gewonnen werden, stellt die Stärkeindustrie auch modifizierte Stärken her. Sie entstehen durch die physikalische, chemische oder enzymatische Veränderung von nativer Stärke. Für die chemische Industrie sind vor allem Stärkeprodukte für die technisch-stoffliche Nutzung mit ihren vielfältigen Einsatzmöglichkeiten interessant.

Die in Deutschland produzierte Stärke gilt dabei aufgrund ihrer Reinheit

und Qualität als besonders hochwertig. Vor allem im Non-Food-Bereich wächst der Bedarf an vielfältigen und universell einsetzbaren Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen.

Die im Verband der deutschen Getreideverarbeiter und Stärkehersteller VDGS organisierten Unternehmen haben sich im Jahr 2017 mit anderen Branchen zum Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft (VGMS) zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu bündeln und ihre Schlagkraft zu erhöhen. Gemeinsam mit den Mehl-, Schäl- und Reismühlen, den Herstellern von Frühstückscerealien sowie den

Teigwarenherstellern engagieren sie sich für eine sichere Rohstoffversorgung und die Wertschätzung ihrer Produkte. Themen sind dabei Umwelt, Energie, Qualität, Sicherheit, Wissenschaft und Nachwuchsgewinnung.

Im VGMS sind 575 Unternehmen organisiert, von mittelständischen, familiengeführten Unternehmen bis hin zu großen internationalen Konzernen. In den Betrieben werden jährlich rund 14 Millionen Tonnen Rohstoffe verarbeitet, unter anderem Weizen, Roggen, Hafer, Hartweizen, Mais, Reis und Stärkekartoffeln.

Anne-Kristin Barth (anne-kristin.barth@vgms.de)

Der VGMS im Überblick

- **Branche:** Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft
- **Branchenumsatz:** 6 Milliarden Euro (rund 2,0 Milliarden Euro im Stärkebereich)
- **Mitglieder:** 575, davon 9 Stärkeunternehmen
- **Anwendungsfelder für Stärkeprodukte:** Aromen, Babynahrung, Backwaren, Diätkost, Erfrischungsgetränke, Fertiggerichte, Fleischwaren, Agrarchemikalien, Baustoffe, Farben und Lacke, Glasfasern, Harze, Haustiernahrung, Kosmetika, Kunststoffe, Papier, Pappe, Pharmazeutika, Zahnpasta ...
- **Kernanliegen der Stärkewirtschaft:** Sicherstellung der Rohstoffversorgung, Bewusstsein schaffen für die Vielfalt und den Nutzen der Stärkeprodukte
- Mehr Infos unter www.vgms.de

Bilanz der Klimakonferenz COP24 in Polen

Mehr globaler Klimaschutz mit gleichen Regeln für alle



Diskutierten in Kattowitz auf Einladung des VCI über Industrie und Klimaschutz (v.l.n.r.): Christoph Sievering (Covestro), Christoph Bals (Germanwatch), Andreas Pinkwart (NRW-Wirtschaftsminister), Arunabha Ghosh (Rat für Energie, Umwelt und Wasser), Tara Nitz (VCI).

Drei Jahre nach Entstehung des Pariser Klimaschutzabkommens mit zentralen Klimaschutzzielen für die Weltgemeinschaft kann nun dessen Umsetzung starten. Dazu hat die Staatengemeinschaft im Dezember 2018 beim 24. Weltklimagipfel (COP24) im polnischen Kattowitz gemeinsame Regeln verabschiedet. Das Hauptergebnis: Künftig wird es einen gemeinsamen Transparenzrahmen geben.

Ab 2024 müssen nun alle Vertragsstaaten mindestens die Richtlinien des Weltklimarates IPCC für die Treibhausgas-Berichterstattung nutzen. Zudem wurde in Polen das sogenannte „Paris Rulebook“ beschlossen, wodurch Unklarheiten beseitigt und mehr Transparenz geschaffen werden sollen. Dies ist wichtig, damit bestimmte Begriffe wie „business as usual“, die in der internationalen Klimapolitik eine Rolle spielen, klarer definiert werden. Insgesamt kann das Ergebnis der COP24 als Erfolg der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen gesehen werden, wenn

man die protektionistischen Tendenzen einzelner Staaten und den aktuellen Gegenwind für multilaterale Vereinbarungen mit bedenkt.

Keine Einigung gab es in Kattowitz dagegen bei der Umsetzung von Artikel 6 des Paris-Abkommens. Dies betrifft die künftigen Regeln zu Marktmechanismen, zur Kompensation von CO₂ (so genannte „Offsets“) und zum internationalen Emissionshandel. Insbesondere die EU und Brasilien hatten hier gegensätzliche Meinungen, die aus EU-Sicht zu Doppelzählungen von Emissionsminderungen hätten führen können. Dass die Reduktion einer Tonne CO₂ jedoch nur einmal gezählt werden darf, versteht sich eigentlich von selbst.

VERHANDLUNGEN GEHEN WEITER

Auf dem 25. Weltklimagipfel, der wohl Anfang 2020 in Chile stattfinden wird, werden die offen gebliebenen Regelungen für einen integren Marktmechanismus unter dem Paris-Abkommen sowie zu Vereinbarungen zum internationalen Emissionshandel ein zentrales Thema sein. Klug ausgestaltet

bieten global einheitliche Regeln für Marktmechanismen die Möglichkeit, global hohe Investitionen anzureizen. Marktmechanismen sollten auf bestehenden und praktikablen Instrumenten aufbauen.

VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann sagte zum Ausgang der COP24: „Das beschlossene neue Regelbuch schafft die Basis, um das System transparenter zu machen. Es ist ein erster Schritt, um langfristig ein globales Regelwerk für den Klimaschutz zu etablieren. Von vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen für die Industrie sind wir aber trotz Kattowitz noch weit entfernt.“

Der VCI selbst war mit diversen Veranstaltungen beim Weltklimagipfel aktiv. Unter anderem fand im Deutschen Pavillon ein gut besuchtes VCI-Side-Event unter dem Titel „Industry in Transition: Maintaining high quality jobs and achieving ambitious climate targets through an innovative Industry“ statt.

Tara Nitz (nitz@vci.de)

Ende der Kohleverstromung bis 2038 führt zu Mehrkosten

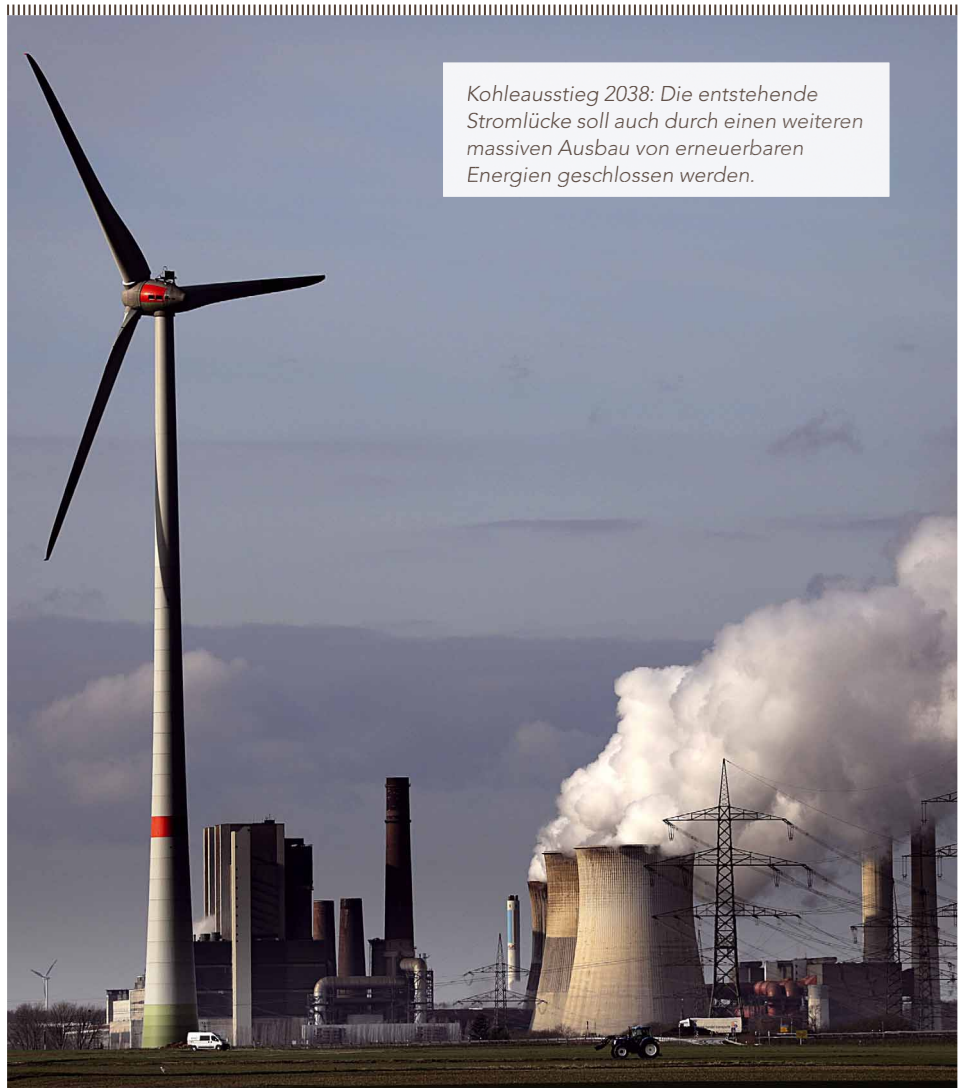
Kein Kohleausstieg ohne Kompensation

Ende Januar 2019 haben sich die Mitglieder der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auf einen Abschlussbericht geeinigt. Dieser Kompromiss der sogenannten Kohlekommission stellt die betroffenen Regionen, die Energiewirtschaft und die deutsche Industrie insgesamt vor schwierige Aufgaben.

Nach Analyse des Abschlussberichts fordert der VCI die Bundesregierung dazu auf, die Versorgungssicherheit für die Industrie zu gewährleisten und die Strompreise wettbewerbsfähig zu halten. Die Empfehlungen sollten nur als Gesamtpaket im parlamentarischen Prozess umgesetzt werden. Besonders relevant aus Sicht energieintensiver Branchen wie der Chemie ist das Kapitel zu Maßnahmen im Energiesektor. Hier werden der in der Kommission stark diskutierte Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung sowie die flankierenden Maßnahmen im Energiesektor beschrieben. Der Vorschlag sieht vor, dass bis 2022 5 Gigawatt Braun- sowie 7,7 Gigawatt Steinkohle abgeschaltet werden sollen. Das sind mehr als ein Drittel der heutigen Kohlekraftkapazitäten. Von 2023 bis 2030 sollen weitere 6 Gigawatt Braun- und weitere 7 Gigawatt Steinkohle wegfallen. 2038 soll mit der Kohleverstromung endgültig Schluss sein. Das Datum kann frühestens auf 2035 vorgezogen werden. Vor weiteren Abschaltungen stehen 2023, 2026 und 2029 Prüfungen an: In den Jahren wird getestet, ob Versorgungssicherheit, Strompreisniveau, Klimaschutz und andere Kriterien überhaupt erlauben, dass der Kohleausstieg so wie geplant weitergehen kann.

DIE UMSETZUNG ZÄHLT

Diese Prüfung ist aus Sicht des VCI unabdingbar. Allerdings müssen die endgültigen Kriterien, insbesondere beim Thema Versorgungssicherheit, noch festgelegt werden. Außerdem muss die Expertenkommission, die die Haltepunkte bewertet, noch besetzt werden.



Kohleausstieg 2038: Die entstehende Stromlücke soll auch durch einen weiteren massiven Ausbau von erneuerbaren Energien geschlossen werden.

Der VCI rechnet auch bei einem schrittweise erfolgenden Ausstieg aus der Kohleverstromung mit steigenden Strompreisen. Die Kohlekommission schlägt zwar Maßnahmen zur Begrenzung des Strompreises sowie Kompensationsmaßnahmen vor, hier kommt es jedoch auf die Umsetzung an. Entscheidend ist, dass der Strompreisanstieg für die Industrie ausreichend kompensiert wird. Dafür sind aus VCI-Sicht drei der vorgeschlagenen Möglichkeiten wichtig:

Ab 2023 soll es einen Zuschuss auf die Übertragungsnetzentgelte von zwei Milliarden Euro jährlich geben. Dieser würde eine Entlastung für allgemeine Verbraucher bringen, die nicht von den Netzentgelten entlastet sind, also auch für den Mittelstand.

Außerdem soll die Strompreiskompensation im Emissionshandel verstetigt werden. Dies gleicht die Kosten des Kohleausstiegs aber leider nicht aus.

Die Kommission hat jedoch eines der Hauptanliegen des VCI aufgegriffen und sich in ihrem Bericht für eine zusätzliche Kompensation für energieintensive Unternehmen eingesetzt. Dafür braucht es ein beihilferechtskonformes Instrument. VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann warnt: „Ohne eine ausreichende Kompensation für die Mehrkosten aus dem Kohleausstieg steht die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie auf dem Spiel.“

Jenna Schulte (schulte@berlin.vci.de)

Auswirkungen auf die Chemie- und Pharmaindustrie

VCI setzt sich für Übergangslösungen beim Brexit ein



Der Brexit rückt immer näher, geklärt ist sehr wenig: Knapp zwei Monate vor dem Austrittsdatum war Anfang Februar 2019 noch immer keine Lösung in Sicht, wie ein ungeordneter Austritt Großbritanniens verhindert werden könnte. Bisher sind alle Versuche von Premierministerin May gescheitert, im britischen Parlament Mehrheiten für eine Verhandlungslösung mit der EU zu finden. Der VCI warnte gegenüber Politik und Öffentlichkeit vor den Folgen eines ungeordneten Brexits für die Chemie- und Pharmaindustrie.

Angesichts der verfahrenen Situation appellierte VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann seit Jahresbeginn mehrfach an die britische Politik, den Stillstand zu beenden: „Die Abgeordneten sollten sich in erster Linie darauf konzentrieren, einen ungeordneten Brexit zu verhindern. Die Option einer Fristverlängerung beim Austrittsdatum kann nur Teil einer Lösung sein, wenn damit ein klarer Fahrplan verbunden ist, wie sich der Worst Case verhindern lässt.“ Tillmann erhofft sich von den britischen Abgeordneten im Unterhaus mehrheitsfähige Lösungsvorschläge: „Um Schaden von Großbritannien und der EU abzuwenden, sollte sich die EU dann verhandlungsbereit zeigen, ohne den

Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten aufs Spiel zu setzen.“

FEHLENDE NOTFALLPLÄNE

Angesichts der unklaren Lage müssten sich sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU und ihre Mitgliedstaaten mit Hochdruck auf den Ernstfall eines ungeordneten Brexits vorbereiten, betonte Tillmann Anfang Februar: „Die Chemie- und Pharmaindustrie sowie ihre Kunden wären von einem harten Brexit besonders betroffen. Bei einem Zusammenbrechen der Lieferketten würde der Schaden aber weit über unsere Branche hinaus reichen.“ Als Beleg führte er die EU-Chemikalienverordnung REACH an: Im Fall eines ungeordneten Brexits dürfen chemische Stoffe, die im Vereinigten Königreich für den Vertrieb in der EU registriert wurden, nicht mehr ohne Weiteres in der EU verkauft werden. Um dies zu verhindern, sollten Registrierungen von Firmen mit Sitz in Großbritannien vorübergehend einseitig in der EU anerkannt werden, so Tillmann.

Der VCI-Hauptgeschäftsführer bedauert sehr, dass in den Ende Januar aktualisierten Notfallplänen der Europäischen Kommission Übergangslösungen für die Chemie fehlen. Tillmann rief die Kommission dazu auf, so schnell wie möglich spezielle Übergangslösungen für den Industriezweig mit der größten

Wertschöpfung in der EU zu erstellen. Diese seien unverzichtbar, damit etwa die Arzneimittelversorgung in Großbritannien gesichert bleibe und der Handel mit Chemikalien nicht unterbrochen werde.

ZOLLPROBLEME ZU ERWARTEN

Der Hauptgeschäftsführer des VCI wies auch darauf hin, dass die Branche bei Zollverfahren und -kontrollen große Probleme befürchtet: „Chaotische Zustände an den Grenzen würden zahlreiche Lieferketten erschweren oder gefährden. EU-Kommission und Bundesregierung müssen dafür sorgen, dass die Unternehmen bereits vor dem Austrittsdatum Vorkehrungen zur Zollabwicklung treffen können.“ *udj*

Was beim Brexit zu bedenken ist

Da sich die Wahrscheinlichkeit eines ungeordneten Brexits immer weiter erhöht, hat der VCI eine Handreichung für seine Mitgliedsunternehmen erstellt. In der Übersicht werden noch einmal die aus Verbandssicht wesentlichen Punkte dargelegt, die Unternehmen bedenken und vorbereiten müssen. Hier geht es zum Download: <http://bit.ly/VCI-Brexit-Handreichung>

Teil 11 der chemie-report-Serie „Chemie 4.0 im Detail“

Was Digitalisierung konkret bringt

Chemie- und Pharmaunternehmen in Deutschland sind sich der Herausforderung durch die Digitalisierung bewusst. Bereits heute beschäftigen sie sich intensiv mit digitalen Technologien. Häufig ist aber noch unklar, wie damit Wettbewerbsvorteile generiert werden können. Beim Chemie- und Pharma-Roundtable von VCI und KPMG Anfang Dezember 2018 konnten die 60 Teilnehmer der Antwort ein Stück näherkommen.

Welche Vorteile kann eine Augmented-Reality-Brille (Hololens) für einen mittelständischen Farben- und Lackhersteller bieten? Christoph Heinen, Bergolin, gab zusammen mit Andreas Erben, daenet, einen Überblick über die Einsatzmöglichkeiten. So können beispielsweise Arbeiter mit einer solchen Brille durch einen Prozess mit verschiedenen Arbeitsschritten gelenkt werden. Auch Informationen über einen exakten Fertigungsstatus können in Echtzeit über die Brille erfasst und dokumentiert werden. So werden Stillstände in der Produktion reduziert. Noch ist die Hololens aber nicht rundherum alltagstauglich. Momentan stehen das vergleichsweise hohe Gewicht, die Batterielaufzeit und eine noch fehlende Ex-Zertifizierung einer großen Verbreitung in der Chemie im Wege. Damit es aber nicht nur bei der Theorie bleibt, bestand die Möglichkeit, in den Pausen eine Hololens zu testen.

DAUERBRENNER KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Künstliche Intelligenz (KI) ist älter als man denkt. Ihre Ursprünge hatte sie bereits in den 1950er-Jahren, als Alan Turing einen Test ersann, mit dem man feststellen kann, ob ein Computer ein dem Menschen gleichwertiges Denkvermögen hat. Auf dem Roundtable erklärte Mathias Bauer, KPMG, an praktischen Beispielen, wozu KI heutzutage fähig ist. Sei es die Analyse unstrukturierter Daten, die semantische Erschließung von Texten, die Bildanalyse zur Qualitätskontrolle oder die Erkennung von Materialeigenschaften: Die Einsatzmöglichkeiten von KI sind vielfältig.



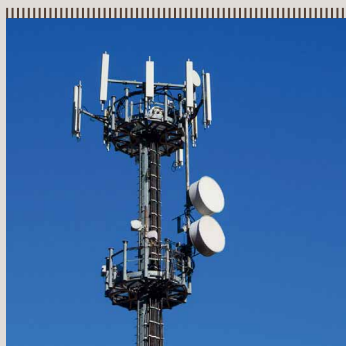
Beim Chemie- und Pharma-Roundtable diskutierten 60 Teilnehmer auf Einladung von KPMG und VCI Digitalisierungsbeispiele aus der Branche.

Dr. Martin Strohrmann, BASF, zeigte im Anschluss, wie Machine-Learning-Technologie die Produktivität in der Forschung und Entwicklung deutlich steigern kann. So integrieren kognitive Systeme vorhandenes internes und externes Wissen und verschaffen eine schnelle und zuverlässige Übersicht. Modellierung und Simulationen reduzieren die Anzahl von Experimenten und machen sie zielgerichteter. Mit Machine Learning könne man auch vorhersagen, wie sich die Leistung eines Katalysators entwickelt.

Ohne gute Daten geht es aber nicht. Ingo Brüning, LANXESS, berichtete, wie im Zuge des Digitalisierungsprojektes dLX unter anderem die rund 240.000 Stammdatensätze des Unternehmens überprüft und validiert wurden. Es habe sich dabei um eine Herkulesaufgabe gehandelt, die sich aber nach und nach auszahlt, da die Produktivität steigt. Eine gute Stammdatensatzqualität sei eine der Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung, so Brüning.

Christian Büniger (buenger@vci.de)

Mobilfunk: Lokale 5G-Frequenzen schnell voranbringen



5G-Mobilfunk benötigt neue Sendemasten.

Die Industrieverbände VCI, VDA, VDMA und ZVEI haben Ende Januar begrüßt, dass nun vier anstatt der ursprünglich erwarteten drei Mobilfunkunternehmen an der bundesweiten Auktion für Frequenzen des neuen Mobilfunkstandards 5G teilnehmen werden. Das erhöhe den Wettbewerb und die Dynamik im Gesamtprozess, dürfe aber die Vergabe der lokalen Frequenzen nicht beeinträchtigen. Nur durch eine rasche Zuteilung dieser lokalen Frequenzen im zugesicherten Umfang könne Deutschland zum Leitanbieter industrieller 5G-Anwendungen werden. Lokale Frequenzen sind die Grundlage für private 5G-Netze auf den Werksgeländen und für räumlich begrenzte industrielle Anwendungen. Sie geben Industrieunternehmen den notwendigen Spielraum, unabhängig von Netzbetreibern 5G sicher, schnell und leistungsfähig für die Produktion auszubauen.

VCI zur Steuerstudie der europäischen Grünen

Methodisch fragwürdige Basis

Besonders multinationale Konzerne profitieren überdurchschnittlich von Steuerprivilegien und Steuerschlupflöchern in Europa, behauptet die Fraktion Die Grünen/EFA im Europaparlament in einer aktuellen Studie. Die Ergebnisse stützen sich auf alte Daten, auch die Bemessungsgrundlage ist falsch, hält der VCI dagegen.

In ihrer kürzlich veröffentlichten Studie „Effective Tax Rates of Multinational Enterprises in the EU“ hat die Fraktion Die Grünen/EFA angebliche Steuervermeidungspraktiken großer Konzerne beklagt. Aus Sicht des VCI fehlt der Untersuchung jedoch das fachliche Fundament, und sie basiert auf veralteten Daten. „Eine Aussagekraft für politische Schlussfolgerungen hat die Analyse nicht. Denn die wesentliche Schwäche der Untersuchung ist die falsche Bemessungsgrundlage, die unweigerlich zu Abweichungen der effektiven von der tariflichen Steuerbelastung führt. So bezieht sich die Analyse nicht auf die steuerliche Gewinnermittlung, sondern zieht die nicht aussagekräftigen Bruttogewinne heran“, sagt VCI-Steuerexperte Berthold Welling.

Damit werde die Steuerfreiheit von Dividenden, die auf EU-Recht beruht, nicht berücksichtigt und führe unweigerlich zu großen Verwerfungen. Auch Gruppenbesteuerungsregelungen würden einfach ausgeblendet und führten zu weiteren Abweichungen. Darüber hinaus räume die Untersuchung selbst die mangelnde Datenbasis als Schwäche ein. Genauso schwer wiege, dass die OECD-Staaten im Zuge eines internationalen Prozesses mittlerweile zahlreiche Regelungen gegen Steuervermeidung erarbeitet und bereits umgesetzt haben. Insoweit sei die vorliegende Untersuchung überholt und habe über die fachlichen Zweifel hinaus keine Aktualität mehr. „Auch die Forderung nach Transparenz im Steuerrecht ist längst erfüllt. Die Unternehmen in Deutschland sind bereits zu 100 Prozent transparent gegenüber der Finanzverwaltung. Die Betriebsprüfung kann in Deutschland digital rund um die Uhr über das ganze Jahr in den Unternehmen prüfen. Auch ein Informationsaustausch zwischen den Finanzverwaltungen besteht bereits“, macht der VCI-Steuerexperte deutlich.

STRUKTURELLE REFORMEN DRINGEND NOTWENDIG

„Wichtig wäre ein wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht in Deutschland. Steuerpolitische Strukturreformen sind dringend geboten“, fordert Welling. Denn seit der letzten großen Steuerreform 2008 hat der deutsche Gesetzgeber nichts unternommen, um die steuerlichen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig zu gestalten. Dagegen nimmt der Steuerwettbewerb international zu: Die USA haben den Unternehmenssteuersatz von 35 auf 21 Prozent gesenkt; die britische Regierung will die Unternehmenssteuern auf 15 bis 10 Prozent herabsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu erhöhen. „In Deutschland haben politische Entscheidungen zu Mehrbelastungen geführt“, kritisiert Welling und plädiert dafür, steuerliche Innovationshemmnisse abzubauen, die Auslandsaktivitäten gegenüber Inlandstätigkeiten der Unternehmen weniger schlecht zu stellen und die Gewerbesteuer zu reformieren. Auch die Unternehmenssteuern sollten gesenkt werden. „Niedrige Steuersätze haben eine hohe Signalwirkung auf Investitionsentscheidungen“, unterstreicht Welling. **mvz**



Der VCI hält die Steuerstudie der europäischen Grünen für nicht aussagekräftig. Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) belegen, dass die Steuerlast deutsche Unternehmen immer stärker drückt.

Verbände-Initiative warnt vor Versorgungskollaps

Fünf-Punkte-Plan gegen Lkw-Fahrermangel

Eine Initiative führender Verbände der Logistik, des Handels und der Industrie, darunter der VCI, fordert Maßnahmen der Politik gegen den Lkw-Fahrermangel.

Der Fachkräftemangel betrifft auch den Berufs-Kraftfahrer im Straßengüterverkehr dramatisch: Jährlich gehen in Deutschland erheblich mehr Lkw-Fahrer in Rente als neu hinzugewonnen werden können: Es fehlen pro Jahr etwa 40.000 Fahrer. Mittlerweile lässt sich diese Lücke auch nicht mehr mit Anbietern aus anderen EU-Staaten schließen, da in ganz Europa Fahrer gesucht werden. Diese Personalknappheit führt zu erheblichen Engpässen in der Logistikbranche – mit gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. „Wir werden nicht mehr alle Güter zu jeder Zeit und überall zur Verfügung haben“, warnte kürzlich der stellvertretende Hauptgeschäftsführer im Verband Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen, Marcus Hover, in der Online-Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“. Auch Andrea Heid, Bereichsleiterin Verkehr im VCI, macht deutlich: „Das Problem des Fahrermangels nimmt immer stärker zu. Die Transportdienstleister versuchen, sich gegenseitig Personal abzuwerben.“

Altersstruktur, unattraktive Arbeitsbedingungen und eine hohe Kriminalität, wie Diebstahl der Ware und Überfälle, zählen zu den wesentlichen Ursachen dafür, dass es immer weniger Brummifahrer gibt. In ihrem Fünf-Punkte-Plan haben 14 Verbände daher Vorschläge erarbeitet, wie die Politik den drohenden Versorgungskollaps abwenden könnte:



- Die Attraktivität des Fahrerberufs erhöhen: Dazu sind ein auskömmliches Gehalt, ein sicherer und moderner Arbeitsplatz sowie eine „Work-Life-Balance“, die durch innovative Arbeitszeitmodelle erreicht werden kann, erforderlich. Darüber hinaus sollten auch mehr Frauen für den Fahrerberuf gewonnen werden.
- Die Ausbildung und Qualifizierung verbessern: Das bewährte Instrument der „beschleunigten Grundqualifikation“ kann hierzu einen erheblichen Beitrag leisten, ebenso wie eine attraktivere Berufsausbildung, die stärker die Veränderungen des Berufsbildes berücksichtigt. Außerdem sollten beispielsweise Nicht-EU-Führerscheine leichter anerkannt werden.
- Die Fahrgewinnung unterstützen: Vor allem jungen Menschen sollte vermittelt werden, dass die fortschreitende Digitalisierung und Automatisie-

rung zwar die Anforderungen an den Fahrerberuf verändern, ihn aber keineswegs überflüssig machen – im Gegenteil: Der Technologiefortschritt bietet zugleich große Chancen für diesen Beruf und dessen Attraktivität.

■ Die Infrastruktur verbessern und die Planung beschleunigen: Das Straßen-, Verkehrs- und auch das Baustellenmanagement müssen verbessert werden, wozu auch der Ausbau digitaler Informationssysteme beitragen kann. VCI-Expertin Heid weist auf ein weiteres Problem hin: „Es gibt nicht genügend Parkplätze.“ Hier sieht sie den Gesetzgeber in der Pflicht, für ausreichende Lkw-Parkplätze zu sorgen. Nur so könnten die gesetzlichen Vorgaben zur Einhaltung der Ruhezeiten erfüllt werden.

■ Umfassend digitalisieren: Die Prozesse im Transport- und Logistiksektor müssen vernetzter, smarter und effizienter werden. Voraussetzung dafür ist der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur, die es der Wirtschaft ermöglicht, beispielsweise dynamische Informations- und Steuerungssysteme verstärkt einzusetzen. *mvz*

Fahrermangel – das sagt die Statistik

Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes sind etwa 1 Million ausgebildete Lkw-Fahrer 45 Jahre oder älter und gehen im Durchschnitt mit 60 Jahren in den Ruhestand. Jährlich scheiden in Deutschland somit 67.000 Fahrer altersbedingt aus dem Berufsleben aus. Demgegenüber konnten im Jahr 2017

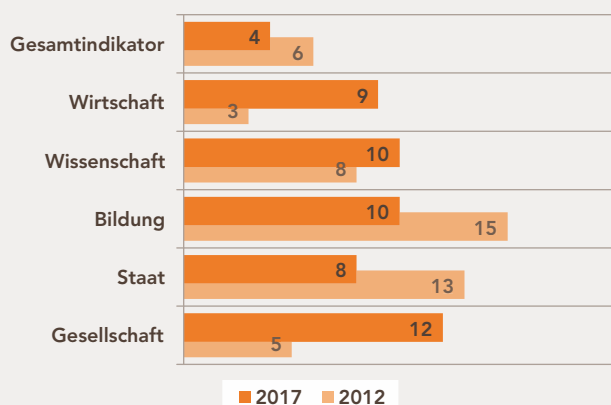
nur knapp 27.000 Personen – entweder durch Ausbildung zum Berufskraftfahrer oder Erwerb der erforderlichen Grundqualifikation – hinzugewonnen werden. Damit fehlen in allen Branchen heute bereits 40.000 Fahrer jährlich. Der Frauenanteil bei den Berufskraftfahrern liegt bei rund 2 Prozent.

Service:

Der Fünf-Punkte-Plan steht als Download zur Verfügung unter: <http://bit.ly/gegen-Fahrermangel>

SO SCHNEIDET DEUTSCHLANDS INNOVATIONSKRAFT AB

Vergleich der Teilbereiche in den Jahren 2012 und 2017



Uneinheitlich: Im Ländervergleich konnte Deutschland seinen vierten Platz im BDI-Innovationsranking in der Gesamtbewertung behaupten. Die Leistung wurde seit 2012 nicht in allen Teilbereichen besser. Quelle: BDI-Innovationsindikator 2018



Deutsche Unternehmen müssen noch innovativer werden – etwa in dynamischen Wirtschaftsbereichen wie digitalen Geschäftsmodellen und Dienstleistungen.

BDI-Innovationsindikator 2018

Deutschland weiter auf Platz vier im Ländervergleich

Platz vier im Gesamtranking: Das ist das Ergebnis des aktuellen BDI-Innovationsindikators, der Deutschlands Innovationsleistung mit 34 weiteren Nationen vergleicht. Vor Deutschland liegen nur Singapur, die Schweiz und Belgien. Aber der Abstand zur Spitzengruppe wächst.

Deutschland ist mit konstanter Punktzahl unverändert auf Platz vier hinter Belgien und kann in allen Subindikatoren – Wirtschaft, Wissenschaft, Staat und Gesellschaft – gute Ergebnisse vorweisen. Allerdings erreicht Deutschland in keinem Bereich einen Spitzenplatz. Damit sollte man hierzulande nicht zufrieden sein. Der Abstand zur Spitzengruppe hat sich in den vergangenen Jahren vergrößert. Grund hierfür ist eine fehlende Dynamik bei einigen Indikatoren. Aber nicht nur der Abstand zur Spitzengruppe wächst. Andere Länder holen massiv auf. So steigt Chinas Innovationsleistung seit einiger Zeit etwa dreimal schneller als die der EU.

Gerade die relative Abnahme der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft wird von den Forschern des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) als größtes Manko gewertet. Sie haben den BDI-Innovationsindikator 2018 erstellt. Laut der Untersuchung lag Deutschland im Bereich Wirtschaft 2012 noch unter den Top-drei-Standorten, während es heute nur noch für Platz neun reicht.

Der Rückgang hat viele Ursachen. So lässt etwa die Innovationsneigung bei kleinen und mittleren Unternehmen seit einigen Jahren nach. Das hängt unter anderem mit Fachkräfteknappheit, begrenzten Innenfinanzierungsmitteln und geringen Gründungszahlen bei innovativen Start-ups zusammen. Gleichzeitig stellen die Forscher Schwächen in besonders dynamischen Innovationsfeldern wie digitalen Dienstleistungen und digitalen Geschäftsmodellen außerhalb der Industrie fest.

WEITERE ANSTRENGUNGEN NOTWENDIG

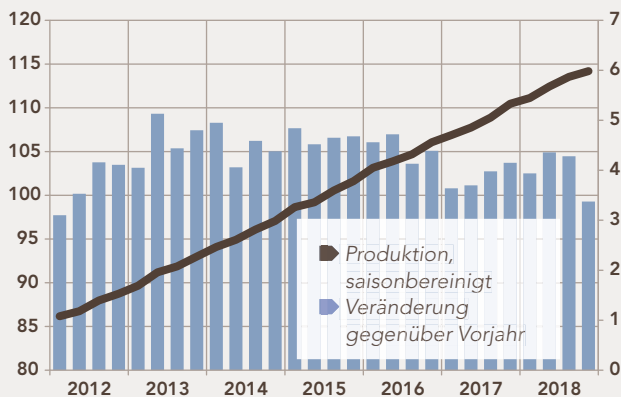
Wenn Deutschland den Anschluss an die Spitzengruppe schaffen und nicht gegenüber den aufstrebenden Nationen ins Hintertreffen geraten will, müssen die Anstrengungen weiter intensiviert werden. Mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung wären hier ein wichtiger Schritt.

Eine ausreichend ausgestattete steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung könnte im Zusammenwirken mit einer effektiven Projektförderung die nötigen Impulse setzen, damit neben Großunternehmen auch der Mittelstand wieder mehr zur Innovationskraft Deutschlands beitragen kann.

Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)

Globale Chemie- und Pharmaproduktion

Saisonbereinigt, Index 2015 = 100,
Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



Chemie mit Brems Spuren: Weil wichtige Kundenbranchen nicht mehr so stark wachsen, verliert die globale Chemie- und Pharmaproduktion an Fahrt. Insbesondere in der EU und in China lässt die Dynamik nach.

Quellen: Chemdata International, VCI

Wichtige Regionen und Länder im Vergleich

Kennzahlen für 2018,
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	BIP	Industrie	Chemie
Welt	2,9	4,1	4,0
Europa			
EU	1,9	2,0	2,0
Deutschland	1,5	1,0	2,5
Russland	1,7	2,5	2,5
Amerika			
USA	2,9	2,4	3,6
Brasilien	1,2	1,0	1,5
Asien			
Japan	0,7	0,9	1,5
Südkorea	2,7	0,0	4,5
Indien	7,5	5,0	4,0
China	6,6	6,0	5,5

Service: Daten und Fakten zur wirtschaftlichen Entwicklung wichtiger Länder und Regionen finden Sie auf der VCI-Website in der vierteljährlich erscheinenden Publikation „Business Worldwide“. Direktlink: http://bit.ly/Business_Worldwide. Quelle: Chemdata International, VCI (Stand: Februar 2019)

Wirtschaftliche Lage weltweit

Das Klima wird rauer

Im Herbst 2018 hat die globale Konjunktur an Fahrt verloren. Insbesondere in Europa ließ die wirtschaftliche Dynamik nach. Das Tempo der weltweiten Expansion dürfte auch in den nächsten Monaten moderat ausfallen.

Das Wirtschaftsvertrauen in der EU trübt sich ein. Dies gilt sowohl für die Industrie als auch für die Konsumenten und Dienstleister. In den Stimmungsindektoren spiegeln sich zahlreiche Unsicherheitsfaktoren wider. Dazu zählen zunehmender Protektionismus, der Handelskonflikt mit den USA, Schwankungen bei den Rohstoffpreisen, die ungelösten Brexit-Verhandlungen und die defizitären Pläne der neuen italienischen Regierung.

Auch in der zurzeit noch wachstumsstarken US-Wirtschaft zeichnet sich eine moderatere Gangart ab. Die Investitionsdynamik lässt nach, da die Effekte der Unternehmenssteuerreform langsam auslaufen. Die Handelsstreitigkeiten mit China drohen darüber hinaus zum Belas-

tungsfaktor zu werden. Im restlichen Amerika entwickelt sich die Wirtschaft weiterhin nur verhalten. Viele Länder Lateinamerikas befinden sich in der Krise. Die Wirtschaft des Schwerkichts Brasiliens weist zwar eine Erholung auf, aber die Dynamik bleibt schwach.

Langsameres Wachstum in Asien

Die asiatischen Länder fungieren auch nicht als Wachstumslokomotiven. In Japan laufen die positiven Effekte vorangegangener Konjunkturprogramme langsam aus. Auch in der chinesischen Wirtschaft schwächt sich das Wachstum ab. Die Regierung hat zwar als mittelfristiges Wachstumsziel für die Jahre bis 2020 eine Rate von 6,5 Prozent festgelegt. Eine deutliche Unterschreitung ist nicht zu erwarten. Der sich verschärfende Handelskonflikt mit den USA und der massive Anstieg der Unternehmensverschuldung bergen allerdings das Risiko, dass die chinesische Regierung ihr Wachstumsziel deutlich verfehlen wird und es zu einer „harten Landung“ kommt.

Optimismus in der Industrie schwindet

Für deutsche Unternehmen wird die Wirtschaftslage rauer. Dementsprechend hat sich auch das Geschäftsklima im Vergleich zur fast schon euphorischen Stimmung vom Jahreswechsel 2017/18 deutlich verschlechtert. Der Aufwärtstrend schwächt sich ab. Eine Rezession wird bisher allerdings nicht erwartet. Dies belegt auch die diesjährige Verbandsfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW): Immerhin rechnen 28 der 48 befragten Verbände noch mit einer höheren Geschäftstätigkeit für 2019.

In zehn Branchen stehen die Zeichen allerdings auf Rückzug. Die Investitions- und Beschäftigungsperspektiven fallen ebenfalls noch positiv aus. Im Vergleich mit der letztjährigen Umfrage hat sich die Zuversicht jedoch deutlich eingetrübt. Verschlechtert hat sich die Lage vor allem in der exportorientierten Industrie, was nicht zuletzt auf die transatlantischen Handelsstreitigkeiten und den Brexit zurückzuführen ist.

Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)

Chemie-Branche forscht wie nie zuvor

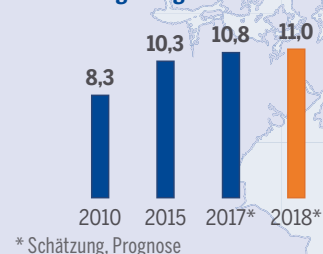
Wettlauf um den besten Innovationsstandort

Innovationen brauchen Vorfahrt. Nur
chemisch-pharmazeutische Industrie
Der Chemie- und Pharma-Forschungs

Innovationsmotor Chemie

- › Neue Materialien, Ideen und Anwendungs-Know-how der Chemie werden in vielen anderen Industriebranchen benötigt.
- › Die Branche ist innovationsorientiert wie kaum ein anderer Industriezweig: 63 Prozent aller Chemie- und Pharmaunternehmen forschen.
- › Etwa jeder 10. Chemie-Beschäftigte arbeitet in der Forschung.

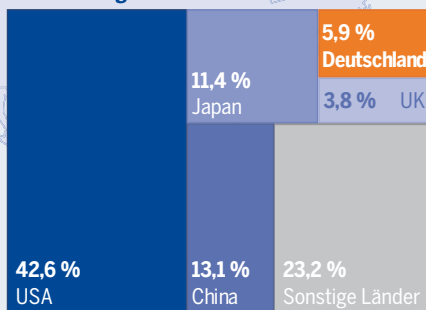
FuE-Aufwendungen der Branche in Milliarden Euro: Forschungsbudgets seit 2010 um 33 Prozent gestiegen.



Deutschland – eine der führenden Chemieforschungsnationen

- › Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie ist
 - auf internationalen Märkten erfolgreich.
 - drittgrößter Exporteur forschungsintensiver Chemiewaren (ohne Pharma).
- › Deutschland ist weltweit viertgrößter Forschungsstandort.
- › Fast jedes 10. Chemie- oder Pharmapaten stammt aus Deutschland.

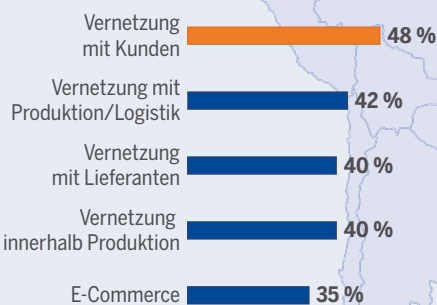
Anteil an weltweiten internen FuE-Aufwendungen: Platz 4 für Deutschland



Chemieindustrie zeigt Potenzial bei Digitalisierung

- › Bits und Bytes beschleunigen Forschung und stärken Innovationskraft.
- › Digitalisierte Produktions- oder Vertriebsprozesse gehören bei 80 Prozent der Chemie-/Pharmaunternehmen zum Alltag.
- › Digitalisierung rückt Kunden noch stärker ins Zentrum von Produktions- und Innovationsprozessen.

Top 5 der Digitalisierungspläne bis 2022*



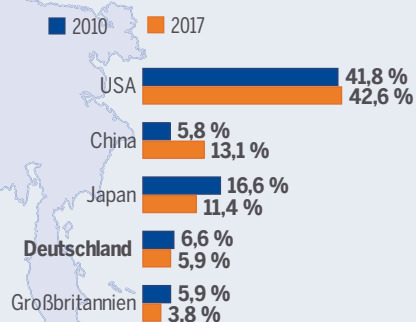
* Anteile an allen Unternehmen

mit ihnen lassen sich die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Dafür forscht die wie nie zuvor. Aber in Deutschland sind die Rahmenbedingungen nicht mehr optimal. Standort Deutschland gerät immer stärker unter Druck.

Wettbewerb um Innovationen wird immer härter

- › Für das Forschungsland Deutschland wird es immer schwerer, seine Top-Position zu halten.
- › Industriestaaten verlieren tendenziell Anteile an weltweiten FuE-Ausgaben.
- › Die Schwellenländer holen auf, allen voran China.

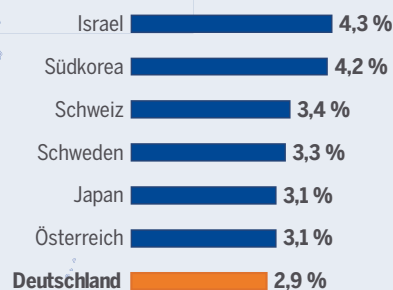
FuE-Anteile an weltweiten internen FuE-Ausgaben: China holt auf



Mit steuerlicher Forschungsförderung das 3,5-Prozent-Ziel erreichen

- › Innovationen sind die Basis für Wachstum und Wohlstand.
- › Deutschland belegt bei den gesamtwirtschaftlichen Forschungsinvestitionen nur Rang 7. Ziel: Bis 2025 3,5 Prozent des BIP in FuE investieren.
- › Fast alle Industrienationen und die meisten EU-Mitglieder gewähren eine steuerliche Forschungsförderung – nur Deutschland noch nicht.

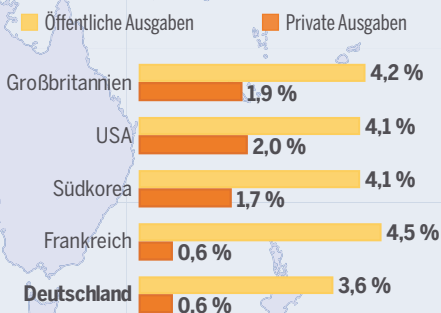
Anteil der FuE-Ausgaben am BIP, 2016: Deutschland hinkt hinterher



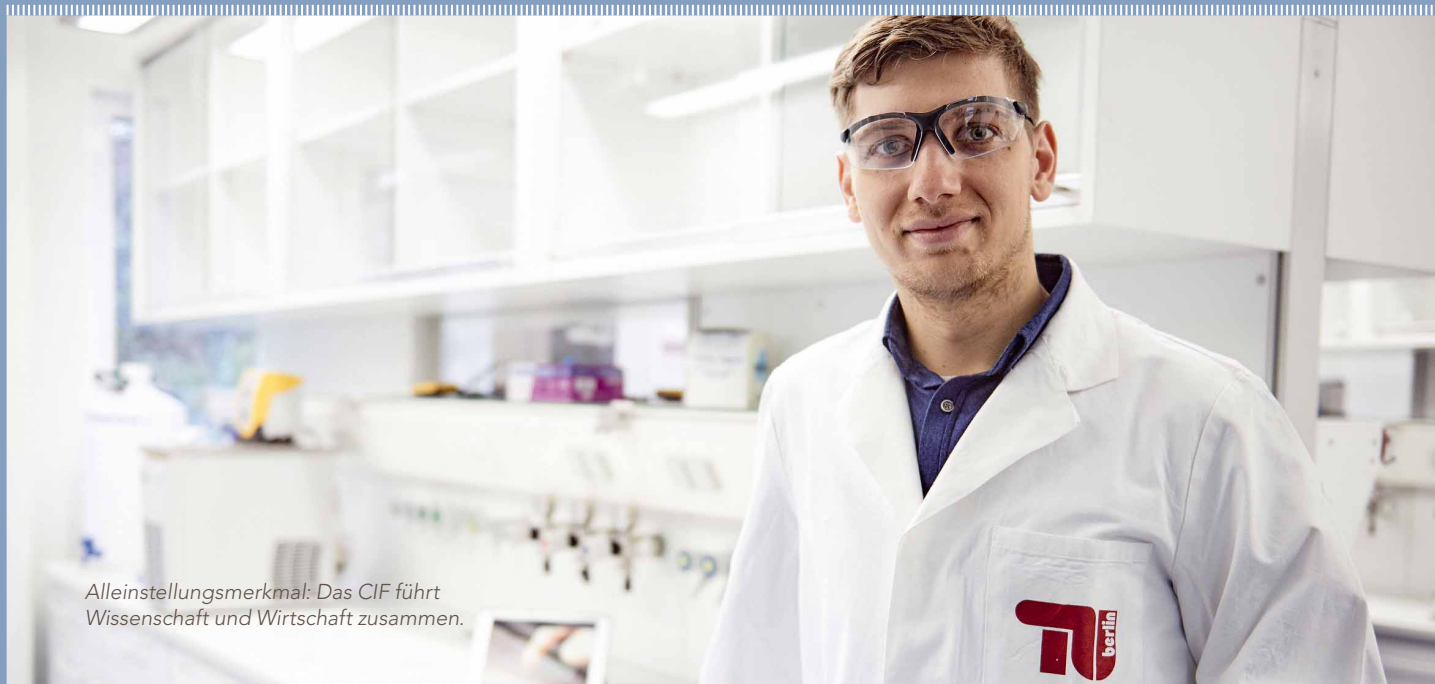
Mehr Investitionen in Bildung notwendig

- › Wer als Industriestandort in der Top-Liga mitspielen möchte, braucht bestens ausgebildete Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter.
- › Bei den Bildungsausgaben liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf den hinteren Rängen.
- › Der Fonds der Chemischen Industrie fördert mit rund 12 Millionen Euro jährlich den Chemieunterricht an Schulen, Nachwuchswissenschaftler und die Grundlagenforschung in Chemie und chemienahen Disziplinen.

Anteil der Ausgaben für Bildung, 2015: Deutschland rangiert am unteren Ende



» **FAZIT** | Innovationen müssen von zwei Seiten vorangetrieben werden: von Unternehmen sowie von Staat und Gesellschaft.



Alleinstellungsmerkmal: Das CIF führt Wissenschaft und Wirtschaft zusammen.

Chemical Invention Factory

Zukunftsfabrik in Berlin

Der Transfer von Wissen und Technologien zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich in verschiedenen Industrien als effektiver Weg zur Förderung des Nachwuchses sowie innovativer Produkt- und Geschäftsideen etabliert. Der Wissenschaftsstandort Berlin punktet dabei im Bereich der Chemie mit einem Alleinstellungsmerkmal bei der Förderung neuer Karrierewege: ein eigenes Vorgründungszentrum für „Grüne Chemie“ entsteht.

Eine erfolgreiche Transformation von Forschungsergebnissen zu hochinnovativen Unternehmensausgründungen im Feld der „Grünen Chemie“, der Materialwissenschaften oder der Nanotechnologie ermöglichen – so lautet das zentrale Ziel der „Chemical Invention Factory“ (CIF), des „John Warner Center for start-ups in Green Chemistry“, das als unabhängiges Vorgründungszentrum an der Technischen Universität (TU) Berlin im Jahr 2018 ins Leben gerufen wurde.

„Das Center soll zu einem Modell für Nachwuchsförderung und Technologie-

transfer als unabhängige Zukunftsfabrik werden“, so der TU-Chemiker Professor Dr. Matthias Drieß, der gemeinsam mit seinem Kollegen Professor Dr. Reinhard Schomäcker die CIF als wissenschaftliche Direktoren initiierte.

Die Idee der „Grünen Chemie“ wurde bereits vor rund 20 Jahren entwickelt, ist damit aber ein vergleichsweise junges Gebiet der Chemie. Im Fokus steht die Entwicklung von Produkten, die nicht umwelt- und gesundheitsschädigend sind. Einer der Begründer ist John C. Warner, der Namensgeber der CIF. Er formulierte mit seiner Publikation „Green Chemistry: Theory and Practice“ bereits im Jahr 1998 die zwölf Leitprinzipien der „Grünen Chemie“.

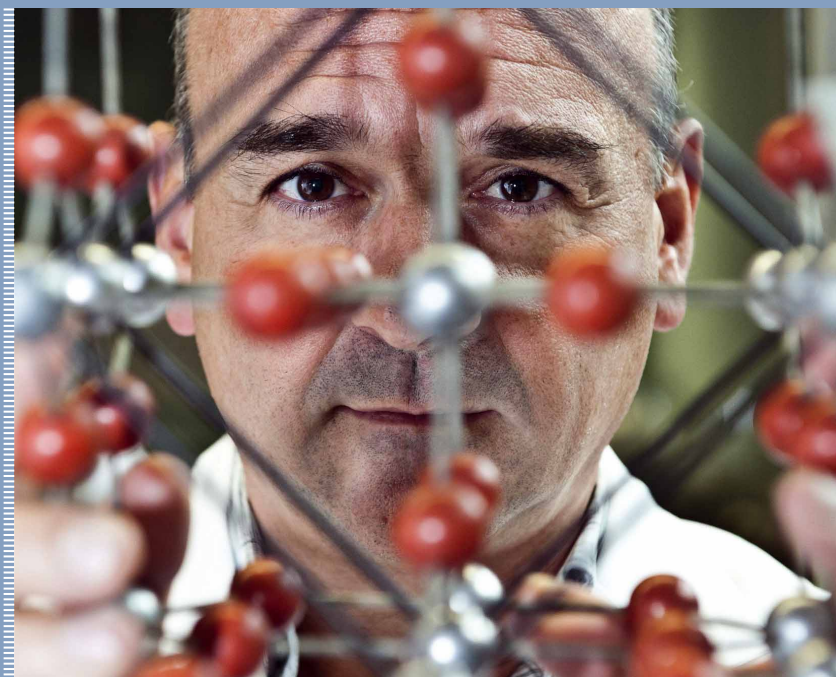
SPIN-OFF VON EXZELLENZCLUSTERN

Startpunkt für die CIF an der TU Berlin war das erfolgreiche Pilotprojekt INKULAB. Das INKULAB ermöglicht Studierenden und Forschenden die Nutzung kostenfreier Laborarbeitsplätze, um innovative Ideen im Bereich der Chemie Realität werden zu lassen. Zu Beginn begleitet sie das universitäts-eigene Centre for Entrepreneurship

**FORUM
STARTUP
CHEMIE**

durch ein Coaching- und Mentoringprogramm auf ihren ersten Schritten in die unternehmerische Selbstständigkeit. Gründungsinteressierte Absolventen in der Vorgründungsphase werden in direktem Anschluss durch Hochschul-lehrer am Institut für Chemie der Technischen Universität Berlin betreut.

Aktuell entwickelt etwa „Porosil“, so der Projektname eines Vorgründungsteams, hochwertige Materialien, die nachhaltigere und effizientere Produktionsprozesse in der Chemie- und Pharmaindustrie ermöglichen. Von ihrer Anwendung in katalytischen Prozessen über die Abtrennung von Verunreinigungen bis hin zur Rückgewinnung von wertvollen Chemikalien weisen diese silicabasierten Materialien ein breites Anwendungsspektrum auf und sorgen bei etlichen chemischen Herstellungsprozessen für Kostensenkungen sowie eine Verminderung von Abfällen.



„Das Center soll zu einem Modell für Nachwuchsförderung und Technologietransfer als unabhängige Zukunftsfabrik werden.“

*Professor Dr. Matthias Drieß,
Wissenschaftlicher Direktor der Chemical Invention
Factory*

Im nächsten Schritt plant „Porosil“, in die Ausgründungsphase überzugehen, und wird dabei von der Universität intensiv betreut.

Hervorgegangen ist das INKULAB, das von der Berliner Industrie- und Handelskammer finanziert wird, aus dem Berliner Exzellenzcluster UniCat (Unifying Concepts in Catalysis, 2007 bis 2018), in dem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von chemischer und biologischer Katalyse erforscht wurden. Der mit Berlin und Potsdam länderübergreifende Exzellenzcluster UniCat, der biologische und chemische Katalyse

(wieder)vereint, hat die Berliner Katalyseforschung in eine neue Ära geführt (siehe Abbildung). Die CIF baut diesen Schwung in der Vorgründung in größerem Maßstab aus und ist eine nachhaltige strukturelle Maßnahme des im Rahmen der Exzellenzstrategie der Länder und des Bundes neu bewilligten Exzellenzclusters UniSysCat (Unifying Systems in Catalysis, 2019). Zudem wird die zukünftige Relevanz von Digitalisierung in der Chemie in der Lehre implementiert. Ab dem Wintersemester 2019/20 initiiert die TU Berlin den Universitätskurs „Data Analytics“ in

Kooperation mit einem Industrie- und Start-up-Partner.

CIF MIT ALLEINSTELLUNGSMERKMAL

Das Vorgründungszentrum CIF soll sowohl graduierten Entrepreneuren als auch Intrapreneuren, also Vordenkern innerhalb von Unternehmen, durch Transferwissen den Weg zu Ausgründungen sowie innovativen Prozess- und Produktentwicklungen ebnen. Mit Blick auf die externen Partner richtet sich das Center sowohl an Industriekonzerne als auch kleine und mittelständische Unternehmen. Dieses Zusammenführen der Zielgruppen aus der Universität und der Wirtschaft macht das Alleinstellungsmerkmal der Berliner Nachwuchsförderung und den neuen Ansatz der Chemical Invention Factory aus.

*Gastbeitrag von Sebastian Müller,
Managing Director Chemical Invention Factory
(contact@chemicalinventionfactory.com)*

HIGHLIGHTS DER KATALYSEFORSCHUNG IM BERLINER RAUM

2007	Chemie-Nobelpreis für Gerhard Ertl (Fritz-Haber-Institut und TU Berlin)
2007 – 2018	Exzellenzcluster UniCat (Unifying Concepts in Catalysis)
2007	Gründung der BIG-NSE (Berlin International Graduate School of Natural Sciences and Engineering)
2013	Erste erfolgreiche Spin-off-Gründung aus UniCat: DexLeChem GmbH
2017	Eröffnung des INKULAB für weitere Spin-offs
ab 2019	Exzellenzcluster UniSysCat (Unifying Systems in Catalysis)

Quelle: CIF

Service:

Weitere Informationen unter:
www.chemicalinventionfactory.com
Twitter: @boostfounders

Neues Unterrichtsmaterial

Innovationen in der Chemie

Neue Materialien, Ideen und das Anwendungs-Know-how der Chemie-Industrie werden in vielen anderen Wirtschaftszweigen benötigt. Innovationen aus der Chemie ermöglichen neue oder leistungsfähigere Produkte. Einen Einblick in diese Entwicklung gibt das kürzlich vom FCI herausgegebene Unterrichtsmaterial „Innovationen in der Chemie“.

Entdeckungen und Erfindungen haben die Geschichte der Chemie seit der Antike geprägt. Aber längst nicht jeder Erfindung gelang der Durchbruch. Denn: Eine Idee beziehungsweise eine Erfindung wird erst dann zur Innovation, wenn sie erfolgreich in Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen umgesetzt wird, die den Markt durchdringen. Der Prozess erstreckt sich von der Identifikation und Analyse eines Problems über Ideensuche und -bewertung, Forschung, Entwicklung und Konstruktion, Produktions- und Absatzvorbereitung bis zur Markteinführung.



Lehrstoff für die Fächer Chemie, Physik und Biologie an Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen.

In seinem Unterrichtsmaterial stellt der Fonds der Chemischen Industrie (FCI) innovative Produkte und Verfahren aus Chemie und Pharma vor, die Teil der Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie Gesundheitsversor-

gung, Mobilität, Energienutzung und Ressourcenschonung sind. Das Unterrichtsmaterial enthält Lehrstoff für die Fächer Chemie, Physik und Biologie an Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen. Die Kapitel stellen frei wählbare und in sich geschlossene Themenmodule dar.

Für die Unterrichtsgestaltung oder als Grundlage für Referate und Facharbeiten sind jedem Kapitel Arbeitsmaterialien mit Experimenten und Aufgaben zugeordnet, die die Themen des jeweiligen Kapitels ergänzen und erweitern.

Birgit Kullmann (kullmann@vci.de)

Service:

„Innovationen in der Chemie – Materialien, Wirkstoffe und Verfahren für unsere Zukunft“ kann kostenlos bestellt werden unter:
<http://bit.ly/Fonds-und-Unterricht>

Erweitertes Förderprogramm

Neue Unterstützungsangebote für Berufsschullehrer

Im laufenden Jahr will der Fonds der Chemischen Industrie mit einem speziellen Preis, einer Broschüre sowie Fortbildungen Pädagogen an Berufsschulen stärker unterstützen.

„Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung“, „Imageprobleme der Berufsschulen“, „Lehrermangel in Berufsschulen besonders groß“ – diese und weitere Aussagen finden sich zurzeit häufig in Politik und Gesellschaft.

Um diese Aussagen zu verifizieren, die Bedarfe der Berufsschulen herauszufinden und so die Ausbildung zu stärken und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, hat sich der Fonds der Chemischen Industrie (FCI) 2018 einigen aktuellen Fragen rund um die Berufsschulen gewidmet: Gibt es genug Lehrernachwuchs für Berufsschulen im Chemie-

bereich? Wie sieht die Ausstattung der Labore aus? Welche Unterstützungsangebote können helfen, damit Berufsschullehrer einen spannenden Experimentalunterricht halten können? Diese Fragen hat der FCI zusammen mit den Chemieverbänden Hessen in Gesprächen mit Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben gestellt.

Die in den Gesprächen geäußerten Wünsche und Bedarfe sowie die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden jetzt zu gezielten Fördermaßnahmen für Berufsschulen und deren Lehrkräfte führen. Dazu wird es einen neuen Preis speziell für Berufsschullehrer geben, um deren Engagement für einen guten Unterricht zu würdigen. Eine Broschüre über die Berufsbilder und -möglichkeiten im Lehramt Chemie soll Motivation und Interesse wecken und so den



Chemielehrernachwuchs fördern. Ergänzend dazu werden Lehrerfortbildungen und Netzwerk-Veranstaltungen zu spezifischen Berufsschulthemen bestehenden Lehrkräften die Weiterbildung und Vernetzung ermöglichen.

Dr. Verena Weidmann (weidmann@vci.de)

Compliance-Monitoring im Unternehmenssanktionsrecht

Vorbild USA?

In den USA kann nach dem Verstoß eines Unternehmens gegen Compliance-Regeln statt eines Bußgelds die Bestellung eines Monitors erfolgen, der die Compliance-Bemühungen des Unternehmens überwacht und bewertet. Bei „guter Führung“ können die Firmen gegebenenfalls straffrei ausgehen. Kann ein solches US-Monitorship als Vorbild für ein deutsches Unternehmenssanktionsrecht dienen? Darum ging es im Dezember 2018 bei einer Veranstaltung des VCI und der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung.

In Zukunft könnte ein staatlich eingesetzter Monitor, der die Compliance-Systeme von Unternehmen bewertet und Vorschläge für deren Verbesserung macht, auch in Deutschland genutzt werden. Das ist das Fazit des VCI und der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung auf ihrer Diskussionsveranstaltung zum US-Monitorship in Frankfurt. Um Fehlanreize von vornherein auszuschließen, dürfe aber keinesfalls das finanzielle Interesse der Berater und der Zertifizierer im Vordergrund stehen.

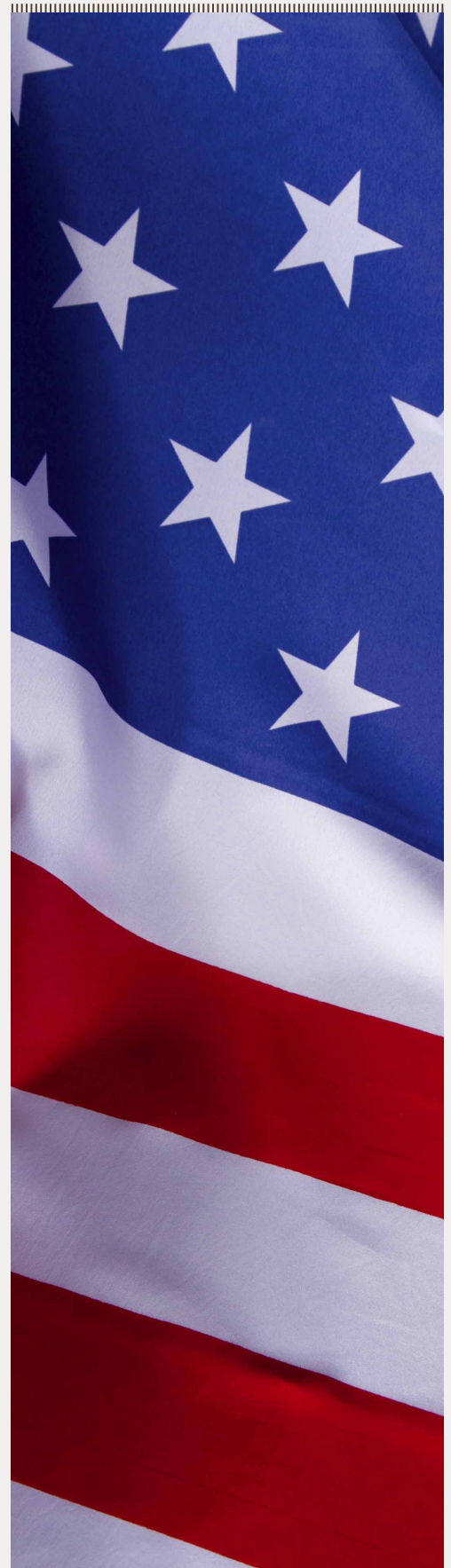
Korruptionsaffären und „Diesel-Gate“ haben dazu beigetragen, dass die Debatte über ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland in den vergangenen Monaten an Fahrt aufgenommen hat: Mit einem neuen Gesetz will die Große Koalition die Sanktionen für Firmen bei Verstößen gegen Vorschriften und Regeln verschärfen. Diskutiert wird dabei auch die Frage, inwieweit Betriebe nach einem Verstoß Straffreiheit erlangen können. So könnten beispielsweise Geldsanktionen zur Bewährung unter Auflagen verhängt und durch einen unabhängigen Monitor überwacht werden; das sieht zum Beispiel der „Kölner Entwurf“ vor, den eine Expertengruppe aus Wissenschaftlern, Unternehmensvertretern sowie Rechts- und Staatsanwälten erarbeitet hat.

AUCH DEUTSCHEN UNTERNEHMEN DROHT ÜBERWACHUNG

Über ihre Erfahrungen als Monitor nach US-amerikanischem Recht beziehungsweise als German Counsel eines US-Monitors berichtete Rechtsanwältin Nicole Willms, Pohlmann & Company. Sie machte deutlich, dass ein Monitor zwar nach deutschem Recht (noch) nicht vorgesehen sei. Allerdings könne auch deutschen Unternehmen ein Monitor zugewiesen werden, beispielsweise wenn sie an der US-amerikanischen Börse gelistet sind oder wenn ein Verstoß mit Bezug zu den USA vorliegt. Hierzu könne es schon ausreichen, dass die E-Mail-Server des Unternehmens in den Vereinigten Staaten stehen. Nach amerikanischem Recht hätten Firmen zwar oftmals ein Vorschlagsrecht bezüglich des Monitors, bestimmt werde dieser aber letztendlich durch die Behörden. Die Tätigkeit des Monitors zielt primär darauf ab, die Compliance und die Unternehmenskultur zu verbessern. Das Monitoring diene also nicht der Aufdeckung vergangener Verstöße, sondern sei zukunftsgerichtet.

Im Verlauf der Diskussion betonte der Frankfurter Oberstaatsanwalt Markus Weimann die wichtige Rolle der Staatsanwaltschaft während eines solchen Verfahrens in Deutschland. Dem betroffenen Unternehmen müsse auch während des Monitorings weiterhin die Möglichkeit eingeräumt werden, Gewinne zu erwirtschaften. Hierbei wurden potenzielle Interessenkonflikte des Monitors, beispielsweise eine fortlaufende lukrative Tätigkeit versus erfolgreicher Abschluss des Monitorings, besonders intensiv mit den Teilnehmern der Veranstaltung erörtert.

Dominik Jaensch (jaensch@vci.de), mvz



Die Grundidee des US-Monitorship ist, die Compliance-Systeme in den Unternehmen zu verbessern.

Branchendialog Chemie fortgesetzt

Bürokratie hemmt Innovationen



Mittelständler stoßen aufgrund des steigenden Bürokratieaufwands bei Genehmigungsverfahren zunehmend an ihre Grenzen. Das war die zentrale Botschaft beim „Branchendialog Chemie“ mit dem Bundeswirtschaftsministerium.

Wie behindern Bürokratie und Föderalismus Innovationen in der Chemieindustrie? Darüber haben Branchenvertreter mit dem Bundeswirtschaftsministerium im Dezember im Rahmen des „Branchendialogs Chemie“ diskutiert. Das Fachgespräch in Berlin wurde vor allem von mittelständischen VCI-Mitgliedern geprägt.

Zum Einstieg präsentierten die Branchenvertreter eine nicht abschließende Themensammlung bürokratischer Hemmnisse vom Steuerrecht über Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, Umweltschutz und Chemikalienrecht bis hin zur Exportkontrolle und zu Gefahrguttransporten. Orhan Cekel von Aurubis berichtete etwa von bevorstehenden Änderungen im Anlagenrecht durch die Neufassung der TA Luft. Neue Vorgaben führten zu einem erhöhten Prüfaufwand und zu zusätzlichen Berechnungen. Cekel mahnte: „Dadurch dürfte sich der Zeitaufwand bei der Genehmigung von Anlagen voraussichtlich verdoppeln.“ Mit der Neueinführung des umstrittenen Begriffs der „Gesamtzusatzbelastung“ könnten sogar ganze Anlagen vor dem Aus stehen, befürchtet Cekel. Julia Szincsák von Follmann Chemie erläuterte: „In der Vergangen-

heit konnten wir zunehmenden Bürokratieaufwand durch mehr Personal schultern. Langsam stoßen wir aber als mittelständisches Unternehmen bei Genehmigungsverfahren an Grenzen.“ Auch abnehmende Rechtssicherheit von Genehmigungen sei ein wachsendes Problem, so Szincsák.

Klar wurde bei den Gesprächen, dass das Bedürfnis von Überwachungs- und Genehmigungsbehörden nach rechtlicher Absicherung und die signifikante Zunahme von Bürokratielasten in der Summe zu einer Gefährdung von Innovationen in der Chemie führen. Unter den Teilnehmern bestand Einigkeit, dass praxisbezogene Leitfäden sowie eine praxisnähere Ausbildung der Umweltreferenten geeignete Ansätze für

die effiziente Nutzung von Ermessensspielräumen bei Genehmigungsverfahren darstellen. Auch könnten beispielsweise Praktika in Unternehmen das gegenseitige Verständnis für Erwartungen und Anforderungen fördern. Eine weitere Schlussfolgerung war, dass die Behörden mehr Personal benötigen, um dem Antragsumfang seitens der Industrie Rechnung tragen zu können. Entscheidungen müssten in moderaten Zeiträumen gefällt werden, damit Investitionen und Wachstum abgesichert werden können und der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen gerate. Auch Gesetze müssten so praxisnah und unbürokratisch wie möglich ausgestaltet werden. *udj*

Wie funktioniert der Branchendialog Chemie?

Das Fachgespräch im Dezember 2018 war das vierte im Rahmen des Branchendialogs Chemie mit dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). Im Februar 2018 wurde die IG BCE-Studie „Arbeitswelt 4.0“ vorgestellt, im April die VCI-Studie „Chemie 4.0“. Im Mai präsentierten vier VCI-Mitglieder Praxisbeispiele, wie sie Antworten auf die Zukunftstrends Digitalisierung und zirkuläre Wirtschaft geben.

Als Nächstes wird das Chemiereferat des BMWi einen Monitoringbericht zum Branchendialog vorlegen. Im März 2019 werden Schlussfolgerungen aus dem Dialog in einem Spitzengespräch von VCI-Präsident Hans Van Bylen sowie hochrangigen Vertretern der Gewerkschaft IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier diskutiert.

KURZNACHRICHTEN

ECHA erweitert REACH-Kandidatenliste um sechs Stoffe

Die ECHA hat sechs weitere Chemikalien auf die REACH-Kandidatenliste für besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) aufgenommen. Es handelt sich um 2,2-Bis(4'-hydroxyphenyl)-4-methylpentan (CAS-Nr. 6807-17-6), Benzo[k]fluoranthren (CAS-Nr. 207-08-9), Fluoranthren (CAS-Nr. 206-44-0), Phenanthren (CAS-Nr. 85-01-8), Pyren (CAS-Nr. 129-00-0), 1,7,7-Trimethyl-3-(phenylmethylene)bicyclo[2.2.1]heptan-2-one (CAS-Nr. 15087-24-8). Die Kandidatenliste enthält damit ab sofort 197 Stoffe. Durch die Aufnahme eines Stoffes in die Liste bestehen Informations- und Meldepflichten.

Service: Details und Links zum Thema gibt es auf der Service-Plattform REACH und CLP (Log-in benötigt): <http://bit.ly/6-Stoffe-Kandidatenliste>

„REACH und Brexit“ – kennen Sie die VCI-Service-Website?

Der Termin für das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU (Brexit) Ende März 2019 rückt immer näher. Mit Übergangsregelungen kann weiterhin nicht sicher gerechnet werden. Aus diesem Grund weist der VCI noch einmal auf die entsprechende Themenseite auf der VCI-Serviceplattform „REACH und CLP“ für Mitglieder hin. Die Website bietet Unternehmen, die in Sachen Chemikalienverordnung vom Brexit betroffen sind, einen Überblick über die bevorstehenden Probleme und gibt Hinweise zur richtigen Vorbereitung.

Service: Die Website „REACH und Brexit“ ist Teil der VCI-Serviceplattform „REACH und CLP“ (Log-in mit Mitgliederzugang erforderlich): www.vci.de/reach/services/reach-und-brexit

227.000 Mittelständler auf Nachfolgersuche

Der bevorstehende Generationenwechsel bleibt ein Dauerthema in den Führungsetagen des deutschen Mittelstands. Allein bis Ende 2020 suchen 227.000 (Vorjahr: 236.000) Mittelständler einen Nachfolger für ihr Unternehmen. Damit liegt die Zahl der Chefs, die ihre Firma binnen zwei Jahren in die Hände eines Nachfolgers geben wollen, weiter auf hohem Niveau. Das geht aus einer aktuellen Analyse der KfW hervor. Fast zwei Drittel der Mittelständler sind demnach bei den Nachfolgeverhandlungen schon weit fortgeschritten. Für etwa 141.000 KMU ist absehbar, wer die Firma künftig weiterführen wird. ▲

Compliance im Mittelstand**Artikelserie Teil 31:****CSR bekommt Zähne**

Zur Durchsetzung der unternehmerischen Verantwortung für menschenrechtliche, soziale und umweltbezogene Belange setzen einige Länder immer stärker auf Gesetze. Die damit vorangetriebene Verrechtlichung der Corporate Social Responsibility hat Auswirkungen auf die Unternehmens- und Nachhaltigkeitsstrategien.

Corporate Social Responsibility (CSR) wurde bislang vor allem als Erwartungshaltung an Unter-

nehmen, als unverbindliche Selbstverpflichtung oder Soft Law verstanden. Aktuelle Entwicklungen deuten allerdings auf einen Richtungswechsel hin. Soft Law wird mit Sanktionen verknüpft oder direkt in Hard Law gegossen. In der Folge ziehen CSR-Themen vermehrt in die Gerichtssäle und die Rechtslehre ein.

Die Verrechtlichung von CSR erfolgt dabei nicht ruckartig, sondern sukzessiv. Drei Verbindlichkeitsstufen sind erkennbar:

Die erste Stufe bilden Berichtspflichten wie das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz von 2017 oder der UK-Modern-Slavery-Act von 2015. Hier müssen Unternehmen jährlich erklären, was sie etwa zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen tun. Die Berichtspflichten bestimmen dabei auch das Handlungsprogramm von Vorstand und Aufsichtsrat, die neben dem reinen Shareholder Value nun auch den Stakeholder Value in den Blick nehmen müssen.

Gesetze, die von Unternehmen konkrete Maßnahmen menschenrechtlicher Sorgfalt verlangen, gehören zur zweiten Stufe. Exemplarisch dafür steht die Konfliktmineralien-Verordnung, die von den „Unionseinführern“ etwa die Festlegung einer Lieferkettenpolitik fordert, die den „OECD-Leitsätzen für Minerale“ aus Konfliktgebieten entsprechen muss.

Auf der dritten Verbindlichkeitsstufe werden die CSR-Sorgfaltspflichten schließlich mit zivilrechtlichen Haftungsansprüchen oder Unternehmenssanktionen unterfüttert. Vorreiter hierbei ist Frankreich, das mit dem Loi-vigilance-Gesetz aus dem Jahr 2017 eine weitreichende Überwachungspflicht zur Vermeidung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden eingeführt hat, die auch die Tätigkeiten von Konzerngesellschaften sowie Subunternehmen und Lieferanten umfasst. Gesellschaften, die danach ihre Überwachungspflichten verletzen, machen sich gegenüber dem Geschädigten unmittelbar schadensersatzpflichtig.

Ob sich der deutsche Gesetzgeber dieser Entwicklung anschließt, entscheidet sich bis 2020 bei der Evaluierung des Nationalen Aktionsplans (NAP). Schon jetzt steht aber fest: CSR und Compliance rücken näher zusammen!

Dr. Tobias Brouwer (brouwer@vci.de)

Zwei Chemie³-Veranstaltungen zu einem Thema

Nachhaltigkeit in den Lieferketten wird wichtiger



In der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin diskutierte Chemie³ mit Politikern und Experten über Nachhaltigkeit in komplexen Lieferketten.



Zum gleichen Thema war die Initiative auch in Brüssel zu Gast.

Von Unternehmen wird immer stärker erwartet, dass sie eine „menschenrechtliche Sorgfaltspflicht“ entlang ihrer gesamten Lieferkette beachten. Daher widmet sich auch Chemie³ intensiv diesem Thema. Bei zwei Veranstaltungen in Berlin und Brüssel diskutierte die Nachhaltigkeitsinitiative mit Politikern und Experten Erfahrungen aus der Unternehmenspraxis.

Chemie³ hatte 2018 im Rahmen eines Pilotprojekts einen Leitfaden zum nachhaltigen Lieferkettenmanagement für mittelständische Unternehmen erar-

beitet. In Berlin und Brüssel ging es nun um die dort gemachten Erfahrungen und die Erwartungen der Politik. Bei einem politischen Frühstück in Berlin betonte Schirmherr Andreas Lenz, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, die hohe Komplexität des Themas. Er begrüßt daher einen kontinuierlichen Austausch zwischen Politik und Unternehmen. Menschenrechtsexperte Michael Windfuhr (Deutsches Institut für Menschenrechte) lobte die praktischen Lösungen, die der Leitfaden für Unternehmen bietet.

Die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards entlang der Lieferkette wird aktuell auch auf europäischer Ebene diskutiert, so zum Beispiel im Rahmen der Verordnungsvorschläge zu „Sustainable Finance“ (siehe chemie report 12/2018). Die Europaabgeordneten Arne Lietz und Markus Pieper, gemeinsam Gastgeber der Frühstücksveranstaltung im Europäischen Parlament, hoben die Notwendigkeit von europaweit geltenden Rahmenbedingungen hervor. Pieper machte aber auch deutlich, dass der Gesetzgeber „nicht über das Ziel hinausschießen“ dürfe. Kristin Schreiber, Direktorin für KMU-Politik bei der EU-Kommission, bestätigte: „Wir brauchen eine Mischung aus gesetzlichen Vorgaben und freiwilligen Ansätzen.“

Wie die Unternehmen Nachhaltigkeitsaspekte praktisch in ihr Lieferkettenmanagement integrieren, erläuterten in Berlin und Brüssel Unternehmensvertreter aus der Branche. Barbara Eschke von Worlée Chemie betonte: „Für Unternehmen ist es immer hilfreich, pragmatische Umsetzungshilfen, wie Leitfäden, zu erhalten. Aber wir brauchen Zeit, um die nötigen Prozesse im Unternehmen einzuführen.“ Björn Miller von Sasol Germany sagte, dass der Leitfaden auch für Lieferanten interessant sei: „Er zeigt in einzelnen Schritten, wie man das Thema angehen kann.“ Dass Lieferantenbeziehungen echte Partnerschaften sind, erläuterten Pascal Mielke (Berlin Chemie) und Thorsten Pinkepank (BASF). „Wenn was nicht stimmt bei den Lieferanten, dann gehen wir hin und unterstützen sie“, so Mielke. Dies bestätigte auch Pinkepank: „Wir unterstützen unsere Lieferanten dabei, unseren Anforderungen gerecht zu werden, und entwickeln uns gemeinsam weiter.“ *udj*

Fachveranstaltung „Nachhaltigkeit in der Lieferkette“ am 9. April 2019

Chemie³ lädt am 9. April 2019 zum Praxisaustausch über nachhaltigen Einkauf und Lieferkettenmanagement nach Frankfurt ein. Zunächst beleuchten Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis aktuelle Anforderungen und Trends. In Arbeitsgruppen können Sie anschließend Herausforderungen und Lösungen für Ihren Unternehmensalltag diskutieren.

Programm und Anmeldung:
www.bit.ly/Chemie3-Lieferkette

Service:

Den Chemie³-Leitfaden „Nachhaltiges Lieferkettenmanagement“ finden Sie in Deutsch und Englisch unter: www.chemiehoch3.de

„Unser Beitrag zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette“

Responsible-Care-Wettbewerb 2019: Jetzt mitmachen!

„Unser Beitrag zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette“ – unter diesem Motto wird der Responsible-Care-Wettbewerb 2019 durchgeführt. Die VCI-Landesverbände schreiben momentan ihre Landeswettbewerbe aus. Alle Mitgliedsunternehmen des VCI sind zur Teilnahme eingeladen.

Nachhaltigkeit in der Lieferkette bietet vielfältige Aspekte, die im Zentrum eines Wettbewerbsbeitrags stehen können: Produktverantwortung, Abfallrecht, Abfallverwertung, Recycling, Langlebigkeit und Reparierbarkeit der Produkte, Rohstoffeinsatz ohne Kinderarbeit, zirkuläre Wirtschaft, Substitution gefährlicher Stoffe, Einkauf, Verantwortung für den Produktzyklus, um einige zu nennen.

Mitgliedsunternehmen können Beiträge einreichen, die alle sechs Handlungsfelder von Responsible Care (RC) betreffen. Das diesjährige Wettbewerbsthema berührt Produktver-



antwortung, Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Anlagensicherheit und Gefahrenabwehr/Security, Transportsicherheit und Dialog. Der Wettbewerb bietet jedoch auch eine Plattform, allgemeinere Pro-

jekte aus dem Bereich der Nachhaltigkeit zu präsentieren.

Mit dem Responsible-Care-Wettbewerb auf Landes- und Bundesebene bieten der VCI und seine Landesverbände die Möglichkeit, der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen Projekten Mitgliedsunternehmen zum verantwortlichen Handeln beitragen. Die Gewinner erhalten nicht nur Ehre und Urkunde, sie gewinnen auch viel Publizität in den Medien. Außerdem sind Beteiligung und Erfolg am RC-Wettbewerb ein gutes Thema für soziale Medien.

Um den Unternehmen eine Plattform zu bieten, Best-Practice-Beispiele der Öffentlichkeit zu demonstrieren, führt der VCI seit neun Jahren den Responsible-Care-Bundeswettbewerb durch. Schon vorher wurde der Wettbewerb von vielen Landesverbänden organisiert, Initiator war der Landesverband Nord.

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

Die erste Runde wird zunächst auf Landesebene ausgetragen. Die VCI-Landesverbände haben dafür die Ausschreibungstermine individuell festgelegt. Bitte setzen Sie sich mit Ihrem Landesverband in Verbindung. Die Gewinner auf Landesebene nehmen automatisch am Bundeswettbewerb teil. Eine unabhängige Jury entscheidet dann im Sommer 2019 über die drei Bundessieger. Wie in den vergangenen Jahren wird auch 2019 zusätzlich ein herausragendes Projekt eines mittelständischen Unternehmens ausgezeichnet. Die Gewinner des Bundeswettbewerbes werden im Rahmen der VCI-Mitgliederversammlung am 26. September 2019 in Berlin geehrt.

Hans F. Daniel (daniel@vci.de)

Die Ansprechpartner

Bei Fragen zum Bundeswettbewerb wenden Sie sich gern an Hans F. Daniel (E-Mail: daniel@vci.de). In den VCI-Landesverbänden stehen Ihnen die folgenden Ansprechpartner zur Verfügung:

- Baden-Württemberg: Professor Dr. Winfried Golla, Telefon: 07221 2113-57, E-Mail: wgolla@lv-bw.vci.de; Einsendeschluss: 5. April 2019
- Bayern: Dr. Mirja Wehner, Telefon: 089 92691-51, E-Mail: wehner@lv-bayern.vci.de; Infos zum Landeswettbewerb: www.bayerische-chemieverbaende.de; Einsendeschluss: 12. April 2019
- Hessen: Sula Lockl, Telefon: 069 2556-1430, E-Mail: lockl@vci.de; Infos zum Landeswettbewerb: www.vci.de/hessen/branche/nachhaltigkeit/responsible-care/responsible-care.jsp; Einsendeschluss: 12. April 2019
- Nord: Berit Bartram, Telefon: 0511 98490-27, E-Mail: bartram@lv-nord.vci.de; Infos zum Landeswettbewerb: www.vci-nord.de/wettbewerb-2019; Einsendeschluss: 31. März 2019
- Nordost: Heidi Greinacher, Telefon: 030 343816-20, E-Mail: greinacher@nordostchemie.de; Infos zum Landeswettbewerb: www.nordostchemie.de/themen/wirtschaft/nachhaltigkeit; Einsendeschluss: 31. Januar 2019
- Nordrhein-Westfalen: Uwe Wäckers, Telefon: 0211 6793144, E-Mail: waeckers@nrw.vci.de; Infos zum Landeswettbewerb (Log-in benötigt): www.vci.de/nrw/nachhaltigkeit/responsible-care/responsible-care-wettbewerb-2019-des-vci-nrw-gestartet.jsp; Einsendeschluss: 25. Februar 2019
- Rheinland-Pfalz: Dr. Christine von Landenberg, Telefon: 0621 52056-24, E-Mail: christine.landenberg@lv-rp.vci.de; Einsendeschluss: 8. März 2019

Service:

Filme über die Siegerprojekte der Responsible-Care-Bundeswettbewerbe gibt es auf dem VCI-YouTube-Kanal: www.youtube.com/chemieverband

EU-Kommission legt strategischen „Aktionsplan für Batterien“ vor

Europäischer Rückenwind für Energiespeicher

Rund 16 Monate nach Gründung der Europäischen Batterie-Allianz liegt jetzt der passende Aktionsplan der EU-Kommission vor. Das Ziel ist, den Aufbau einer wettbewerbsfähigen, innovativen Batterieproduktion in Europa weiter voranzutreiben. Der VCI begrüßt diese Initiative.

Im Oktober 2017 hat EU-Vizepräsident Maroš Šefčovič gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Industrie die Europäische Industrie-Batterie-Allianz (EBA) ins Leben gerufen. Erste Pilotproduktionsanlagen, mit Beteiligung von Chemieunternehmen, befinden sich mittlerweile im Bau. Weitere Projekte sind angekündigt, um Europa als führenden Akteur auf dem strategischen Gebiet der Batterieinnovation und -produktion zu etablieren. Bis dato wollen rund 260 Industrieunternehmen und Forschungseinrichtungen in Projekte entlang der Wertschöpfungskette für Batterien investieren.

Aus Sicht der Chemieindustrie ist die Entwicklung von Batteriezellmaterialien für mobile Anwendungen von großer Bedeutung. Denn die Chemie ist ein wichtiger Player bei der Forschung

und Entwicklung, um im Wechselspiel von Materialentwicklung und Produktionsprozessen innovative Batteriezellmaterialien in das Auto zu bringen.

Mit ihrem „Aktionsplan für Batterien“ will die EU ihre ehrgeizigen Bestrebungen fortsetzen. Das Dokument umfasst auch für die chemische Industrie wichtige forschungsbasierte Maßnahmen, um die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe für die Batterie-Zellproduktion zu gewährleisten. Außerdem enthält der Aktionsplan Hinweise, die den Mitgliedstaaten, Regionen und europäischen Unternehmen dabei helfen können, wettbewerbsfähige, moderne und nachhaltige Projekte für die Batterieproduktion in Europa umzusetzen. Dazu gehören etwa Maßnahmen zum Rohstoffzugang, zur Förderung von Forschung und Innovation, zur Etablierung von Kompetenzen sowie zu begleitenden Rechtsvorschriften, die sicherstellen, dass die auf den Markt gebrachten Batterien nicht nur wettbewerbsfähig, hochwertig und sicher sind, sondern auch nachhaltig und wiederverwertbar.

Neben zahlreichen Projektausschreibungen des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ zur nächsten



Europa soll zum führenden Akteur bei der Batterieinnovation und -produktion werden.

Generation von Speicherlösungen bieten beispielsweise auch der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) sowie der EIB-geführte Fonds InnovFin maßgeschneiderte Instrumente zur Förderung der Projektfinanzierung und der Markteinführung innovativer Technologien und Demonstrationsprojekte im Energiesektor. Deutschland hat nach Auffassung des VCI bereits viel für die Forschung unternommen, auch wenn es weiteren Verbesserungsbedarf bei der konsequenten Umsetzung der aktuellen Förderansätze gibt.

Sanni Kunnas (kunnas@vci.de) und
Dr. Martin Reuter (reuter@vci.de)

Überblick über die verschiedenen REACH-Verfahren

Hilfe für das Stoff-Monitoring im Unternehmen

Stoffhersteller, Importeure und Anwender von Chemikalien sollten stets verfolgen, welche regulatorischen Entwicklungen ihre Stoffe im Rahmen von REACH betreffen. Ein neues VCI-Infoblatt mit einer interaktiven Grafik hilft dabei, den Überblick über alle Listen und Verfahren zu behalten.

Die unter REACH registrierten Stoffe werden jährlich von der europäischen Chemikalienagentur ECHA einem systematischen Screening unterzogen. Dabei werden Stoffe identifiziert, für die weitere Verfahren, wie Stoff- oder Dossierbewertung, Zulassung oder Beschränkung, angedacht werden sollen.



Unternehmen sollten die Regulierung ihrer Stoffe stets im Blick behalten.

Die ECHA bittet Unternehmen bei den Verfahren in öffentlichen Konsultationen um Kommentare zu den untersuchten Stoffen. Nur wer sich rechtzeitig einbringt, hat eine Chance, diese Verfahren mitzugestalten und sich frühzeitig auf neue Regulierungen einzustellen. Der VCI rät daher allen Unternehmen,

ihre Stoffe regelmäßig zu überprüfen. Dabei kann das VCI-Infoblatt „Stoff-Monitoring“ helfen. Es enthält relevante Links und eine interaktive Grafik, die per Maus-Klick direkt auf die entsprechenden ECHA-Webseiten führt. Weitere Informationen und Details zu den einzelnen Verfahren gemäß REACH können den jeweiligen VCI-Infoblättern auf der Service-Plattform „REACH und CLP“ entnommen werden.

Ulrike Zimmer (zimmer@vci.de)

Service:

Das VCI-Infoblatt gibt es hier für Mitglieder nach dem Log-in zum Download: <http://bit.ly/IB-Stoff-Monitoring>

Meldung an Giftinformationszentren nach der CLP-Verordnung

Die Zeit drängt bei Anhang VIII



Ab 1. Januar 2020 treten europaweite Meldepflichten für gefährliche Gemische an Giftinformationszentren stufenweise in Kraft. Der VCI und mehrere Fachverbände fordern eine Fristverlängerung.

Die harmonisierte Meldung von Informationen zu gefährlichen Gemischen an Giftinformationszentren in der EU kommt jeden Tag einen Schritt näher. Wegen zahlreicher offener Fragen haben der VCI und mehrere Fachverbände eine Fristverlängerung für die Umsetzung angemahnt.

In einem gemeinsamen Schreiben haben die Verbände den deutschen Behörden Ende 2018 die offenen Fragen in Zusammenhang mit Anhang VIII der CLP-Verordnung noch einmal geschildert. Nun müssen die verantwortlichen Stellen Position beziehen, ob die erste Anwendungsfrist am 1. Januar 2020 noch verschoben werden kann.

SPÄTE EINFÜHRUNG DES MELDEPORTALS

Eine ausreichende Vorbereitung aller Beteiligten ist essenziell für eine termingerechte und reibungslose Umsetzung der anstehenden Meldepflichten. Das zentrale Online-Meldeportal der ECHA ist für die Industrie von hoher Bedeutung, denn es macht parallele Meldungen in mehreren Mitgliedstaaten erst praktikabel. Die Basis-

version dieses Tools wird erst im ersten Quartal 2019 mit eingeschränkten Funktionen verfügbar sein. In der Praxis benötigen die meisten Unternehmen die erweiterte Funktionalität der zweiten Version, die für November 2019 angekündigt ist. Damit würde das entscheidende IT-Tool erst einen Monat vor Beginn der ersten Anwendungsfrist wirklich arbeitsfähig sein. Zusätzlich hat eine Umfrage der ECHA ergeben, dass nur 43 Prozent der nationalen Meldebehörden pünktlich in der Lage sein werden, harmonisierte Meldungen gemäß Anhang VIII in Empfang zu nehmen.

MACHBARKEITSSTUDIE IN ARBEIT

Da die weitreichenden Meldepflichten einer Rezepturoffenlegung gleichkommen, müssen die eingereichten Daten unbedingt ausreichend geschützt werden. Der VCI hat nach wie vor ernsthafte Bedenken, dass die erforderlichen Datenschutzstandards zu den vorgegebenen Fristen in den Meldebehörden aller EU-Mitgliedstaaten vorhanden sein werden. Mögliche Handlungsoptionen werden daher aktuell in den zuständigen VCI-Gremien geprüft.

Eine zusätzliche Herausforderung für die Umsetzungsarbeit entsteht durch die Machbarkeitsstudie der EU-Kommission für die Umsetzung von Anhang VIII. Die Erarbeitung der Studie war mit einer Verspätung von sechs Monaten gestartet. Die finalen Ergebnisse werden erst im Mai 2019 vorliegen. Die Veröffentlichung fällt damit genau in die Zeit, in der die Europawahl 2019 stattfindet und in der sich das Europäische Parlament und die EU-Kommission neu bilden. Sollte die Machbarkeitsstudie Reformbedarf für Anhang VIII aufzeigen, wäre das auf fachlicher und politischer Ebene der ungünstigste Zeitpunkt.

Aufgrund der aktuellen Lage und der mangelnden Rechtssicherheit hatten mehrere europäische Industrieverbände Ende 2018 eine Verschiebung der Anwendungsfristen bei der EU-Kommission eingefordert. Bei der vergangenen CARACAL-Sitzung im November 2018 haben sieben Mitgliedstaaten diesen Vorschlag unterstützt. Deutschland sieht vorerst keinen Handlungsbedarf und möchte zunächst die Machbarkeitsstudie abwarten. Dabei drängt die Zeit.

Stanislaus Koch (s.koch@vci.de)

Datensammlung zum Stand der Technik abgeschlossen

Abgasreinigung kann nun neu geregelt werden

Nach der europaweiten Datensammlung zum Stand der Technik in der Abgasreinigung hat der VCI eine positive Bilanz für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie gezogen. Die Zahl der Antworten vonseiten der Unternehmen ist erfreulich. Die gesammelten Daten bilden nun die Grundlage für die Erarbeitung einer neuen EU-weiten Regelung.

In Europa laufen seit 2017 die Arbeiten für ein neues Merkblatt über die beste verfügbare Technik (BREF) in der Abluftreinigung. Dafür ist 2018 ein umfangreicher Informationsaustausch über den Stand der Technik in der europäischen Chemieindustrie durchgeführt worden. Der VCI organisierte für Deutschland eine Mitgliederbefragung und ist mit dem Rücklauf sehr zufrieden. 61 Unternehmen haben sich an der Umfrage beteiligt und dabei Fragebogen für 357 Chemieanlagen übermittelt. Außerdem reichten die Teilnehmer 320 zusätzliche Dokumente wie Fließbil-



Die EU erarbeitet neue Regeln für die Abluftreinigung.

der, Anlagenbeschreibungen und Messberichte ein. Die Verteilung nach Unternehmensgrößen von klein bis groß ist gut. Insgesamt liegen damit nun Daten zur Abluftreinigung für 20 Prozent aller Chemieanlagen hierzulande vor. EU-weit stammt rund die Hälfte aller eingereichten Fragebogen aus Deutschland.

WIE ES NUN WEITERGEHT

Nach Abschluss der Unternehmensbefragung beginnen nun die Arbeiten am ersten Entwurf für das neue Abluft-BREF. Die gesammelten Daten sind dabei der erste wichtige Schritt in Richtung einer guten und vollziehbaren Regelung. Nur anhand der Daten können realistische Emissionsbandbreiten abgeleitet werden. Diese werden später als Grundlage für Genehmigungen bei der Erweiterung oder Modernisierung einer Anlage dienen. Das neue BREF wird die Abgasreinigung von 1.700 der knapp 1.900 Chemieanlagen in Deutschland betreffen. In den bevorstehenden Verhandlungen müssen noch viele offene Fragen geklärt werden. So ist beispielsweise derzeit offen, was mit dem Thema „diffuse Emissionen“ geschehen wird oder wie Ausnahmeregelungen identifiziert werden können. Der VCI wird die Ausarbeitung des neuen BREFs in den nächsten Jahren intensiv begleiten.

Benjamin Wiechmann (wiechmann@vci.de), cl

Neues Verpackungsgesetz in Kraft

Bekanntes und Neues

Zum 1. Januar 2019 ist in Deutschland das neue Verpackungsgesetz in Kraft getreten. Es hat die bisherige Verpackungsverordnung abgelöst. Die wichtigsten Regelungen im Überblick:

Das Verpackungsgesetz gilt für alle „Hersteller“, die verpackte Produkte erstmals auf dem deutschen Markt in Verkehr bringen. Es verpflichtet diese zur Rücknahme sowie zu einer ordnungsgemäßen Entsorgung der gebrauchten Verpackungen.

Einerseits kennt das Gesetz systembeteiligungspflichtige Verpackungen, die nach Gebrauch typischerweise bei einem privaten Endverbraucher als Abfall anfallen. Andererseits gibt es nicht systembeteiligungspflichtige Verpackungen, die an anderen Stellen übrig bleiben. Die Unterscheidung ist keineswegs neu, wird aber durch eine neue



Alltagsverpackungen müssen im Verpackungsregister LUCID registriert werden.

Definition im § 3 des Verpackungsgesetzes noch einmal bekräftigt.

Wie bisher müssen systempflichtige Verkaufs- und Umverpackungen lizenziert werden und an einem dualen System teilnehmen, welches dann die Sammlung nach dem Gebrauch übernimmt. Zusätzlich müssen Hersteller, die systempflichtige Verpackungen in Verkehr bringen, sich nun im Verpackungsregister LUCID registrieren. Es gehört zur neugeschaffenen „Zentralen Stelle Verpackungsregister“ (ZSVR). Hier

müssen die in Verkehr gebrachten Verpackungsmengen gemeldet werden. Die ZSVR ist eine neue Zentralbehörde, die die Transparenz des Gesamtsystems erhöhen und die Vollzugsbehörden unterstützen soll. Genauere Informationen zu den Meldepflichten gibt es unter: www.verpackungsregister.org

Nicht systembeteiligungspflichtige Verpackungen sind von diesen Neuerungen nicht betroffen. So bleiben etwa für Transportverpackungen, systemunverträgliche Verpackungen und Verpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter die Rücknahme- und Entsorgungspflichten der bisherigen Verpackungsverordnung bestehen. Sie sind nun in § 15 des Verpackungsgesetzes geregelt. Die etablierten Rücknahmesysteme für industrielle Verpackungen, wie Repasack, RIGK oder KBS, können unverändert genutzt werden.

Anna Gollesch (gollesch@vci.de)

Literaturpreis 2018 für Lese- und Experimentierbuch „Vom Urknall zum Gummibärchen“

Fonds der Chemischen Industrie ehrt Chemielehrer

Der mit 10.000 Euro dotierte Literaturpreis des Fonds der Chemischen Industrie (FCI) ist an Dr. Roland Full, bis 2014 Gymnasiallehrer für die Fächer Chemie und Sport, gegangen. Full wurde Ende 2018 für sein Buch „Vom Urknall zum Gummibärchen – Ein Lese- und Experimentierbuch“ ausgezeichnet.

In der Begründung des Fonds der Chemischen Industrie heißt es: „Roland Full hat ein spannendes, sehr kurzweiliges und unterhaltsames Experimentierbuch vorgelegt, das Lehrern viele Anregungen für einen interessanten, abwechslungsreichen und fächerübergreifenden naturwissenschaftlichen Unterricht gibt.“ Nach Auffassung des



Gymnasiallehrer habe mit einem faszinierenden Chemieunterricht und einer gelungenen Popularisierung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik vielen Schülerinnen- und Schülergenerationen diese Fächer nahegebracht.

Roland Full, Jahrgang 1948, studierte die Fächer Chemie und Sport für das Höhere Lehramt an der Universität Würzburg. Nach der Promotion 1976 nahm er 1977 seine Lehrtätigkeit am Hanns-Seidel-Gymnasium in Hösbach mit den Fächern Chemie, Natur und Technik sowie Sport auf. Full war außerdem von 1987 bis 2017 ehrenamtlicher Betreuer von mehr als 130 Jugendforscher-Projekten. [m.v.z.](#)

FCI-Kuratoriums spreche das Buch auch naturwissenschaftlich aufgeschlossene Laien an. Schon im Titel spiegelt sich die erstaunliche Bandbreite der Themen wider. Mit dem FCI-Literaturpreis spricht der Fonds der Chemischen Industrie Full seine Anerkennung und Wertschätzung für dessen langjähriges Engagement in der Wissensvermittlung rund um das Schulfach Chemie aus: Der



MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN DER VCI-LANDES- UND -FACHVERBÄNDE 2019 (Angaben ohne Gewähr)

DATUM	EREIGNIS	ORT
03.04.2019	IGV Industriegaseverband	Berlin
04.04.2019	Industrieverband Hygiene und Oberflächenschutz (IHO)	München
04.04.2019	Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)	Berlin
09./10.05.2019	Verband der Diagnostica-Industrie (VDGH)	Berlin
10.05.2019	Industrie-Gemeinschaft Aerosole (IGA)	Bad Homburg
10.05.2019	VCI-Landesverband Nordost	Quedlinburg
14.05.2019	PlasticsEurope Deutschland	Wesseling
14.05.2019	Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel (IKW)	Dresden
14.05.2019	Industrieverband Agrar (IVA)	Berlin
16./17.05.2019	Bundesverband für Tiergesundheit (BfT)	Köln
17.05.2019	Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft – VGMS	Böblingen
22.05.2019	Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL)	Nürnberg
22.05.2019	Industrieverband Bitumen-Dach- und Dichtungsbahnen (vdd)	Berlin
23.05.2019	Verband der Mineralfarbenindustrie (VdMi)	Dresden
24.05.2019	Verband TEGEWA	Berlin
04.06.2019	Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)	Nürnberg
04.06.2019	I&P Europe – Imaging and Printing Association	Frankfurt am Main
06.06.2019	VCI-Landesverband Rheinland-Pfalz	Mainz
07.06.2019	Deutsche Bauchemie	Münster
27.06.2019	VCI-Landesverband Hessen	Wiesbaden
03.07.2019	VCI-Landesverband Nord	Laatzen
12.07.2019	VCI-Landesverband Bayern	München
28.11.2019	Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)	Berlin

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 01+02/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de, oder Telefax: +49 69 2556-1613.

chemie-report-Themen im Überblick

Als Mitgliederzeitschrift des VCI hat der chemie report 2018 wieder über zahlreiche branchenrelevante Themen berichtet. Im neuen Jahresinhaltsverzeichnis können Sie sich nun einen Überblick über alle Artikel des vergangenen Jahres verschaffen. In dem PDF sind alle Berichte aufgelistet und nach den wichtigsten Rubriken sortiert. Per Mausklick können Sie zum jeweiligen Heft im Original-Layout auf der VCI-Website gelangen. Das Verzeichnis gibt es als PDF zum Download unter: <http://bit.ly/chemie-report-Jahresinhalt-2018>



TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
13.02.2019	VCI-/VCH-Infoveranstaltung „Handelskontrollpflichten in der Chemie“	Frankfurt am Main
11.03.2019	Presseabend zur Chemiekonjunktur 2018/2019	Frankfurt am Main
03.04.2019	Parlamentarischer Abend 2019	Berlin
09./10.04.2019	20. Handelsblatt Jahrestagung Chemie in Kooperation mit dem VCI (Mitgliederrabatt!)	Düsseldorf
03.07.2019	Halbjahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main
21.08.2019	Forschungspressekonferenz	Frankfurt am Main
26.09.2019	VCI-Mitgliederversammlung	Berlin
07.11.2019	Infoveranstaltung „Neue Gefahrgutvorschriften 2020“	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 11.02.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr) **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Sebastian Kreth (sk), Anna Kühr (ak), Jürgen Udvari (udj), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** phoenix_a/stock.adobe.com (1), AEPW (2), Henkel (3 oben), ExxonMobil (3 unten), weyo/stock.adobe.com (4), VGMS (5), Kunnas/VCI (6), picture alliance/Oliver Berg/dpa (7), picture alliance/AP Photo (8), KPMG, 2018 (9 oben), DarweShots/stock.adobe.com (9 unten), grafikplusfoto/stock.adobe.com (10), Gina Sanders/stock.adobe.com (11), Sved Oliver/stock.adobe.com (12), TU Berlin/Philipp Arnoldt (16), TU Berlin/Jacek Ruta (17), FotolEdhar/stock.adobe.com (18), STILLFX/Thinkstock (19), DOC RABE Media/Fotolia (20), fotogestoeber/stock.adobe.com (21), Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann (22 links), Anna Katharina Steinhardt/panthermedia (22 rechts), ak80/stock.adobe.com (24 oben), istockphoto.com/mediaphotos (24 unten), Ulrich Müller/stock.adobe.com (25), hansenn/stock.adobe.com (26 oben), caftor/stock.adobe.com (26 unten), ChemieBW/Eppler (27 oben), VCI/Mendel (27 unten), ekostsov/stock.adobe.com (28), **Grafiken** Statista (14–15), Christiane Kellermann (12, 13), Susanna Koch (2, 17)

Politische Top-Themen im VCI*

- Energiewende: Kostenbremse und alternative Finanzierung
- Innovation: Anreizstruktur für Innovationen in Chemie und Pharma
- Steuern: Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung
- Agrar: Innovationen für eine moderne Landwirtschaft
- Industriepolitik: Chancen von Chemie 4.0 für einen starken Standort nutzen
- EU-Handelspolitik: Für offene Märkte und fairen Wettbewerb

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf VCI-Online unter diesem Link zum Download: <https://www.vci.de/top-themen>